

Eine offene Rechnung

120 Jahre Berliner Konferenz 1884/1885

Texte aus der Arbeit des Hendrik-Kraemer-Hauses, Dezember 2004

Inhalt

Einleitung.....	1
Eine offene Rechnung.....	2
Die Schuld des Nordens an den Süden.....	5
Ein Beitrag zum Thema Bodenreform im Südlichen Afrika.....	13
Sieben Punkte pro und kontra „Reparationen für koloniales Unrecht“.....	17
Rassismus und Kolonialismus.....	19
Anticolonial Africa Conference Berlin vom 11. - 15. November 2004.....	23
Die „Berliner Konferenz“ 1884/85.....	26

Kontakt: Hendrik-Kraemer-Haus, Lindenstr. 85, 10969 Berlin Tel. 030-8410 9260,
e-mail: hkh-berlin@t-online.de
Redaktion: Giselher Hickel

Einleitung

Von Giselher Hickel

„Kann man wirklich ruhig und glücklich leben, wenn man weiß, dass zwei Drittel der Menschen leiden, verhungern, verarmt sind?“ Mit diesen Worten brachte Leonardo Boff beim Weltforum für Theologie und Befreiung, 21. - 25. Januar 2005 in Porto Alegre, Brasilien, die Grundfrage des Christseins heute auf den Punkt (Ökumenischer Informationsdienst, Nr. 78, S.6). Die Welt der Reichen und die der Armen bestehen ja nicht unabhängig voneinander, naturgegeben gleichsam, so wie z.B. auf der einen Seite des Berges die Sonne scheinen kann, während es auf der anderen Seite regnet. Menschlicher Glanz und gesellschaftliches Elend bedingen einander. Können Menschen das aushalten?

Offensichtlich sind Menschen dazu fähig, sofern es gelingt, sie davon zu überzeugen, dass ihre privilegierten Lebensumstände ihr Vorrecht gegenüber anderen und ihr Verdienst seien. Dafür wurden in der Vergangenheit und dafür werden bis heute immer neue Begründungen gesucht und erfunden: Höhere Intelligenz, Bevorzugung durch die Natur, mehr Kraft des Körpers, der Waffen, des Geistes oder der Moral, eine höhere Entwicklungsstufe der Zivilisation, nicht zuletzt: göttliche Gnade und Erwählung. Sklaverei, Kolonialismus, Faschismus, Neokolonialismus und Neoliberalismus verkörpern politische und ökonomische Strukturen, die nicht ohne den Glauben bestehen konnten und können, man müsse zwischen höher- und minderwertigen Völkern oder Menschengruppen unterscheiden. Der Überlegenheitswahn der Herrschenden gegenüber den Beherrschten

zieht sich als Leitthema durch die gewaltträchtigen Weltanschauungen der verschiedenen Epochen der Geschichte, speziell unseres europäischen Kontinents.

Gleiches Recht und gleiche Würde, auch die Gleichheit vor Gott, werden heute zwar von erfreulich vielen postuliert, aber bis zu ihrer Verwirklichung ist es vermutlich noch ein weiter Weg. In der gesellschaftlichen Praxis haben die Benachteiligten es immer noch schwer, sich Gehör zu verschaffen. Die Akzeptanz von Ungerechtigkeit hat unter uns mehr Tradition, fällt uns offensichtlich leichter, scheint uns nahe liegender, wenn nicht gar natürlicher zu sein. Gleichberechtigung dagegen muss geglaubt, bekannt, gefunden, gestaltet, durchgesetzt, erkämpft und verteidigt werden gegen die Wirklichkeit, die uns beherrscht, und auch gegen die Geschichte, deren Erben wir sind.

Am 3. - 5. Dezember 2004 haben wir unter Federführung der Anti-Mammon-Gruppe im Hendrik-Kraemer-Haus ein Seminar mit dem Thema „Eine offene Rechnung - 120 Jahre Berliner Konferenz“ durchgeführt. 120 Jahre nach der Berliner Konferenz und 100 Jahre nach dem Völkermord deutscher Kolonialtruppen an Herero, Nama und Damara in Südwestafrika fordern Nachkommen der Opfer des Kolonialismus Wiedergutmachung. Auch wenn sich nichts wirklich wieder gut machen lässt - schon gar nicht mit ausschließlich finanziellen Leistungen - gilt es, diese Forderungen ernst zu nehmen. Dazu gehört, an der Entstehung eines politischen Bewusstseins und Klimas mitzuwirken, dass den Strukturen von Rassismus, Selbstüberhebung und Ausbeutung den Boden entzieht.

Die folgende Textsammlung ist im Zusammenhang unserer Arbeit für dieses Seminar entstanden.

Eine offene Rechnung

Von Friederike Schulze

Zusammenfassung der Referate vom Seminar im Hendrik-Kraemer-Haus vom 3. bis zum 5. Dezember 2004

Die Geschichte ist noch nicht vergangen

Bei der Kongokonferenz in Berlin erließ man einige sehr einfache Regelungen. Die Besetzung der Küstenbereiche genügte nicht, um Ansprüche auf das Hinterland anmelden zu können. Es konnte nur besetzt werden, nachdem die Mächte davon in Kenntnis gesetzt worden waren. Das Kongo- und das Nigerbecken wurden für den internationalen Handel freigestellt. Das Signal zum Ansturm auf Afrika war damit gegeben... Im Jahr 1880 hatten die Europäer kaum ein Zehntel des afrikanischen Kontinents in Besitz genommen - zwanzig Jahre später war der gesamte Rest vereinnahmt. Man nahm, weil man glaubte, dass es notwendig wäre, um frühere Eroberungen zu schützen; später nahm man, weil alles zum Greifen nah lag, noch später nahm man, um den Nachbarn zuvorzukommen; zum Schluss nahm man, um zu nehmen.

Joseph Ki-Zerbo, Die Geschichte Schwarz-Afrikas

Ohne Beteiligung der Betroffenen legten Repräsentanten aus 13 europäischen Ländern, den USA und Äthiopien auf der Konferenz vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 im Reichspräsidentenpalais in Berlin, Wilhelmstraße 77, Prinzipien ihrer Kolonialpolitik fest. Zunächst einigten sie sich über Freihandelszonen, sanktionierten den Waffen- und Spiritushandel, in der Folge wurde Afrika unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilt und die wirtschaftliche Ausbeutung Afrikas legalisiert. Der Ausbeutung und Verarmung Afrikas, vielen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen in Afrika war der Boden bereitet. Afrikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen wurden zerstört. Unter dem Vorwand der Abschaffung des Sklavenhandels wurden neue

sklavenähnliche Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen. Grenzen wurden willkürlich gezogen, die Grundlagen für eine eigene ökonomische und politische Entwicklung vernichtet.

Der Berliner Konferenz waren seit Ende des 17. Jahrhunderts auch deutsche Bestrebungen, in Afrika Fuß zu fassen, voraus gegangen. Dr. Ulrich van der Heyden, Afrikawissenschaftler aus Berlin, schilderte das Kolonialabenteuer Brandenburg-Preußens in Westafrika. Die Festung „Groß Friedrichsburg“ an der „Goldküste“ sollte Ausgangspunkt für das Geschäft mit dem Gold werden. Da die Suche nach Gold wenig erfolgreich war, beteiligte sich Brandenburg-Preußen am Sklavenhandel, dem Handel mit dem „schwarzen Gold“. Bei der Jagd nach Sklaven kamen allein an der Goldküste 30.000 Afrikaner ums Leben. 10.000 Menschen wurden im Dreieckshandel nach Amerika verschleppt.

Seit dieser Zeit leben Afrikaner in Berlin. Sie waren Teil des Kaufpreises für die Kolonie „Groß Friedrichsburg“ oder Geschenk der Kolonialmacht England an Preußen. Afrikaner wurden als exotisches Spielzeug behandelt, sie waren Objekte deutscher Erziehung oder wurden als Wilde und Fremde ausgestellt. Einige wurden als Lehrer für afrikanische Sprachen gebraucht und fallen gelassen, wenn sie Anspruch auf ein eigenes Leben erhoben.

Afrikaner galten als „rassenbiologische“ Forschungsobjekte. Sie wurden vermessen und untersucht. Aus den deutschen Kolonien wurden Schädel und ganze Körper afrikanischer Menschen für Forschungszwecke nach Berlin gebracht. Noch heute lagern Skelette in den Archiven der Charite. Eheschließungen zwischen Deutschen und Afrikanern wurden als „rassische Vermischung“ abgelehnt, verboten und auch annulliert, wenn sie bereits bestanden haben.

In den Jahren 1904 bis 1907 setzten sich in Südwestafrika Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft zur Wehr. Sie hatten in 20 Jahren deutschen Kolonialismus ihr Land und ihre Selbständigkeit verloren und waren der Willkür deutscher Rechtsprechung ausgesetzt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes waren 80% der Herero und 50% der Nama ausgerottet, bei kriegerischen Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, in der Omaheke-Wüste verhungert und verdurstet, durch Deportation und in Konzentrationslagern umgekommen.

Es fragt sich für mich nur, wie ist der Krieg mit den Herero zu beenden. Die Ansichten darüber bei dem Gouverneur und einigen „alten Afrikanern“ einerseits und mir andererseits gehen gänzlich auseinander. Erstere wollten schon lange verhandeln und bezeichnen die Nation der Herero als notwendiges Arbeitsmaterial für die zukünftige Verwendung des Landes. Ich bin gänzlich anderer Ansicht, Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muss, oder wenn dies durch taktische Schläge nicht möglich war, operativ und durch die weitere Detail-Behandlung aus dem Lande gewiesen wird ... Meine genaue Kenntnis so vieler zentralafrikanischer Stämme, Bantu und anderer, hat mir überall die überzeugende Notwendigkeit vorgeführt, dass sich der Neger keinem Vertrag, sondern nur der rohen Gewalt beugt.

General von Trotha, 1904

Die Niederschlagung des Aufstandes der Herero und der Nama war der erste Genozid, den Deutschland verübt hat. Herero und Nama sollten systematisch ausgerottet werden. Ohne Unterscheidung wurden Kinder, Frauen, kämpfende oder kapitulierende Männer getötet, in die Wüste zum Verhungern und Verdursten getrieben, oder in Arbeits- und Konzentrationslagern vernichtet.

Die wenigen Vertreter antikolonialistischer Positionen auf sozialdemokratischer Seite (August Bebel, Georg Ledebour), in der katholisch geprägten Zentrumspartei (Matthias Erzberger) und in den Missionsgesellschaften verdienen größere Aufmerksamkeit. Einer von ihnen war Hans Paasche, der aufgrund eigener Erfahrungen als Marineoffizier in Deutsch - Ostafrika zum Kolonialismusgegner wurde, sich zum Pazifisten und Naturfreund entwickelte und für das Frauenstimmrecht eintrat. Während des ersten Weltkrieges wurde er als Kriegsgegner verurteilt, 1920 von einem Freikorps-

kommando ermordet. (Es war ein bewegender Moment, als sein Enkel, der heute in Toronto lebt und gerade zu Besuch in Berlin weilte, sich bei dem Seminar zu Wort meldete).

...dass Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird, Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es zum Beispiel die europäischen Nationen und die nordamerikanischen sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in der edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind.

August Bebel, 1906

Missionsgeschichte - mehr oder weniger als ein Kapitel Kolonialgeschichte?

Prof. Dr. Andreas Feldtkeller, Theologe an der Humboldtuniversität Berlin, hat in seinem Referat aufgezeigt, dass die deutsche Kolonialgeschichte historisch gesehen eine Episode im Vergleich zur deutschen protestantischen und europäischen katholischen Missionsgeschichte gewesen ist. Die Kolonialgeschichte ist zu Ende, die Missionsgeschichte offen für eine andere Zukunft.

Christliche Missionsgeschichte beginnt mit Jesus Christus. Bis zur endgültigen Christianisierung Europas vergingen 1400 Jahre, in denen sich das Christentum auch außerhalb Europas verbreitet hat. Erst seit dem 15. Jahrhundert war das Christentum eurozentristisch und galt Europa als Zentrum des Christentums und „christlicher Kontinent“.

Die Missionsgeschichte ist voller Widersprüche und Paradoxa: Die Kreuzzüge im 12. und 13. Jh. sind militärisch gescheitert, die diplomatischen und kulturellen Beziehungen zwischen Europa und dem Osmanischen Reich haben sich gehalten und stabilisiert.

Missionierende Bettelorden trafen im 13. und 14. Jahrhundert in Indien, China, der Mongolei auf christliche Gemeinden, die im 7. Jh. von Konstantinopel aus entstanden waren. Damals und dort sind Kirchenunionen entstanden.

Als nach dem Verbot nichtchinesischer Religionen im China des 14. Jh. und der Islamisierung Mittelasiens die Verbindungen zu den christlichen Gemeinden in Indien abgeschnitten waren, erteilte der Papst militanten Seefahrern den Auftrag, einen Seeweg nach Indien zu finden. In Westafrika wurden Stützpunkte errichtet. Der Machtanspruch des Papstes weitete sich nach Süden und Westen aus.

Das Christentum hat sich sowohl in Verfolgungssituationen als auch unter dem Schutz politischer Macht ausgebreitet. Missionare haben sich der einheimischen Macht unterstellt und sich im Konflikt mit ihr befunden. Sie haben gegen Schnapshandel und Vertreibung protestiert, und den Boden für militärische Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung bereitet. Sie haben mit der Kolonialmacht kollaboriert, und sie haben sie kritisiert und sich als Anwälte der einheimischen Bevölkerung verstanden.

Punkt 2: Sie protestieren in Sonderheit gegen die leider so häufige menschenunwürdige Behandlung der Eingeborenen, namentlich der unzivilisierten Rassen, und gegen die Verhöhnung einer menschenwürdigen Behandlung derselben als „Humanitätsduselei“.

Punkt 3: Für so berechtigt die Versammelten auch die Bestrebungen halten, die Kolonie für die Europäer gewinnbringend zu machen, so protestieren sie doch energisch gegen den herzlosen Egoismus, der über der Jagd nach Gewinn das Wohl der Eingeborenen mit Füßen tritt.

Punkt 5: Speziell treten die Versammelten dafür ein, dass den Eingeborenen ein genügender Schutz gegen Misshandlungen gewährleistet, dass ihnen nicht durch sklavischen Zwang die Arbeit verleidet, dass ihnen ein zureichender und unveräußerlicher Landbesitz unter sichernde Kontrolle gestellt; dass vor etwaigen Strafexpeditionen eine grundsätzliche Untersuchung angestellt und bei Strafausübung jede Brutalität vermieden, dass die Einfuhr des so verderblichen Branntweins, wenn nicht verboten, doch wenigstens erschwert werde.

Resolution der sächsischen Provinzial-Missions-Konferenz, Halle 1902

Sie waren von der zivilisatorischen Kraft des Christentums überzeugt und meinten, den Afrikanern Kultur bringen und sie zur Arbeit erziehen zu müssen.

Viele Eliten afrikanischer Länder wurden von Missionsschulen geprägt, sie haben trotzdem oder deshalb für die Befreiung ihrer Länder gekämpft.

Erst nach der Dekolonisierung und mit der Eigenständigkeit afrikanischer Kirchen und ihrer Mission hat sich das Christentum in weiten Teilen Afrikas durchgesetzt.

Eine andere Missionsgeschichte: „Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe“

Matthäus 10,16

Anhand dieses für das Missionsverständnis ungewohnten Textes hat Bas Wielenga, Theologe aus Madurai/Indien, herausgearbeitet, dass Mission in biblischer Sicht heißt: Die machtlose Schar der Jünger Jesu begibt sich in die Welt und wirft sich gegen „wölfische Verhältnisse und Strukturen“ in die Bresche. Mitten in der wölfischen tyrannischen Stadt ist Gottes Gerechtigkeit präsent und verbindet sich mit den Ärmsten der Armen, vgl. Zephanja 3.

Die Vision von Jesaja 65 widerlegt die Behauptung, dass das „Gesetz des Dschungels“ ewig gilt. Hier gilt vielmehr: Die Wölfe müssen und können sich ändern und den Regeln der Lämmer anpassen.

Aus dem Glauben an die Vision des Reiches Gottes heraus predigt und praktiziert Jesus „unwölfisches“ Leben (Matthäus 9, 36 und Markus 6,34 ff). Er bringt die Schafe zusammen, damit sie eine gemeinsame Antwort finden.

Biblich gesehen bedeutet Mission also nicht, die einzelne Seele zu retten, sondern Menschen zu gewinnen, damit sie sich an der Friedensmission Jesu beteiligen.

Die Schuld des Nordens an den Süden

Reparation & Kompensation - Maßnahmen für die Zukunft

Von Francois Houtart, Direktor des Trikontinentalen Zentrums Löwen, Belgien

Referat beim Global Justice Workshop 2002 in Sri Lanka

Die Frage von Reparation und Kompensation wurde während des vorausgegangenen Seminars gestellt, das 2000 in Colombo, Sri Lanka, stattfand. Inzwischen bedeutet die Konferenz der Vereinten Nationen von Durban einen grundlegenden Fortschritt. Sklaverei und Kolonialismus wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt. Natürlich bedingt das die Leistung gewisser Reparationen als wirksame Form der Wiedergutmachung.

Aber die Probleme der Vergangenheit sind von einer Lösung bis heute weit entfernt. Die meisten Mechanismen der Abschöpfung des Mehrwertes aus dem Süden durch den Norden sind weiter in Kraft, wenn auch in neuer Weise. An der Nationalen Universität von Mexiko wurde berechnet (John Saxe-Fernandez, 2001) dass zwischen 1976 und 1987 Gewinne im Geldwert von US\$ 2.051.681 Millionen aus Lateinamerika nach dem Norden transferiert wurden. Insgesamt haben die peripheren Länder des Südens allein in den Jahren 1972 bis 1976 US\$ 442.000 Millionen transferiert. Für jeden Dollar, der in den letzten 25 Jahren in das Afrika südlich der Sahara gelangte, gab es einen sofortigen Rückfluss von US\$ 0,25 in Form von Zinsen und Gewinnrückfluss, über 30% wurden durch Kapitalflucht oder als Nahrungsmittelhilfe für die einheimische Bevölkerung aufgebraucht, und 51% fielen der Verschlechterung der 'terms of exchange' zum Opfer (CNUCED (2001, 32).

Was das Schuldenproblem betrifft, wurden zwischen 1981 und 2000 US\$ 3.450 Milliarden aus dem Süden in den Norden transferiert. Das entspricht dem Sechsfachen der Schulden, die die Entwicklungsländer 1981 hatten, nämlich lediglich US\$ 567 Milliarden. All das bedeutet, dass der Prozess der Ausbeutung nicht beendet wurde, und dass die Logik des kapitalistischen Systems neue Wege gefunden hat, diese Ausbeutung fortzusetzen.

I. Ein schrittweiser Wandel im Verständnis

Wir haben in den letzten Jahren ein neues Verständnis dieses Problems entwickelt. Zunächst geht es um eine Definitionsfrage. Während des letzten Seminars wurde gesagt, dass die Zahlen seit der Sklaverei über den Kolonialismus bis zum Neokolonialismus zu derartigen Summen angewachsen sind, dass es unmöglich sei, die Verluste zu kompensieren. Selbst wenn es theoretisch möglich ist, den Wert hinsichtlich menschlichen Lebens und materieller Güter zu beziffern, ist es doch unmöglich, den Schaden zu erstatten. Deshalb sei von Kompensation vor allem im Sinne einer Umorganisation des bestehenden Systems fortgesetzter Ausbeutung des Mehrproduktes des Südens zu sprechen, um Alternativen zu dem bis heute dominanten ökonomischen System zu schaffen. In der Tat, wenn man der Logik der Abschöpfung des Mehrwertes folgt, sind Sklaverei, Kolonialismus, Neokolonialismus und Globalisierung logisch aufeinander folgende Stufen.

Die Frage der Kompensation sollte am besten unter dem Aspekt konkreter Verletzungen von grundlegenden Menschenrechte angegangen werden. Das bedeutet auch, dass wir Gruppen sehr deutlich benennen sollten, die unter solchen Situationen gegenwärtig leiden oder vor relativ kurzer Zeit gelitten haben.

Das Vokabular unseres letzten Seminars in Colombo war nicht präzise. Es wurde in einem breiten und diffusen Sinne von „Kompensation“ gesprochen. Immerhin wurden drei verschiedene Arten von Kompensation unterschieden: moralische, materielle und kulturelle. Die Erkenntnis, dass eine Situation nach Kompensation verlangt, war ein Schritt nach vorn, weil damit die Delegitimation einer Geschichtsperiode, eine Kritik der Gegenwart und eine zukünftige Perspektive verbunden war.

Zwischen jener Zusammenkunft und der von 2002 fand die Konferenz von Durban statt. Diese brachte zwei Hauptdokumente hervor, das eine ist die UN-Erklärung, das andere die Erklärung des Forums der NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen). Das erste bot eine genaue Definition von Sklaverei und Kolonialismus, aber es blieb sehr vage hinsichtlich der Frage von Reparation und Kompensation. Das zweite ging viel mehr in die Einzelheiten und benannte eine Fülle von Problemen, die mit der Frage von Reparation und Kompensation verbunden sind. Reich an Inhalt, ist es der Form nach vielleicht zu sehr zerfasert, weil es bemüht ist, sich mit den Gegenargumenten auseinanderzusetzen.

Auf jeden Fall war Durban ein fundamentaler Fortschritt, weil niemand diese Fragen ignorieren konnte. Es war ein notwendiger Anfang, der der Fortsetzung bedarf im Kampf um Forderungen und Vorschläge für Alternativen.

Auf zwei Ebenen ist Handeln nötig. Zum ersten geht es um das Völkerrecht. Dieses fehlt im Blick auf unsere Thematik, weil die Dominanz der mächtigen westlichen Länder die Einführung entsprechender Gesetze nicht zulässt. Wirksame Schritte sind nötig, die Nationalstaaten in die Lage versetzen, weltweite Ausbeutung und Organisationen, die in diesem Sinne tätig sind, zu bekämpfen. Das muss die Möglichkeit einschließen, einen internationalen Gerichtshof gegen Wirtschaftsverbrechen einzurichten.

Zum anderen geht es darum, viele der heute üblichen Praktiken öffentlich zu verurteilen und gleichgesinnte gesellschaftliche Bewegungen zusammenzubringen, die sich mit diesen Fragen befassen. Wir werden später darauf zurückkommen.

II. Die wichtigste Tat der Reparation: Beseitigung der Hindernisse für die Entwicklung der Peripherie

Verschiedene Mechanismen, alte und neue, sorgen heute dafür, dass das gegenwärtige System aufrechterhalten wird. Es kann ein bestimmter Handlungsverlauf zur Veränderung dieser komplexen Situation organisiert werden.

1. Die wirtschaftliche Dimension

a) Die „terms of exchange“ wirken allgemein zugunsten der Ökonomien des Nordens. Der erste Lome-Vertrag zwischen der Europäischen Union und einer Reihe von afrikanischen Ländern war ein Versuch, dies zu regulieren. Es wurde ein Kompensations-Fonds gegründet, der der nachteiligen Wirkung niedriger Preise von Rohstoffen und Landwirtschafts-Produkten gegensteuern sollte. Die Wirkung blieb allerdings gering, weil die Globalisierung es unmöglich machte, das System aufrecht zu erhalten, sowie wegen des Mangels an politischem Willen. Die Fonds wurden geleert und eine Fortsetzung war nicht abgesichert. Immerhin ist ein solcher Kompensations-Fonds eine Möglichkeit, wenn er breit und weltweit angelegt wird und wenn es genügend Druck aus dem Süden und politischen Willen aus dem Norden gibt.

b) Das Thema Verschuldung ist allgemein bekannt. Es geht um über US\$ 2.000 Milliarden, um über US\$ 200 Milliarden jährlicher Zahlungen für den Schuldendienst. Es gab dazu Aktionen, z.B. das „Erlassjahr 2000“, das Internationale Komitee für Schuldenstreichung (CADTM), das Schuldentribunal in Porto Alegre anlässlich des Weltsozialforums von 2002. All dies trug zur Schärfung des Problembewusstseins bei.

Das Problem wurde sogar bei internationalen Gipfeltreffen angesprochen, so etwa beim G7 - Treffen in Köln vor einigen Jahren. Die Weltbank hat sich damit befasst und die Streichung der Schulden der ärmsten Länder vorgeschlagen (tatsächlich nur 3 % der Gesamtschulden der Dritten Welt). Auch die Europäische Union hat sich besorgt über die Frage geäußert. Allerdings sieht es so aus, dass die Maßnahmen mehr auf die öffentliche Meinung im Westen ausgerichtet waren als auf wirklich wirksame Taten. Dennoch ist es denkbar, konkrete Ergebnisse selbst kurzfristig zu erreichen, weil die Schulden der Entwicklungsländer nur Teil der gesamten Staatsverschuldung in der Welt sind. Als der Krieg gegen Afghanistan erklärt wurde, hoben die westlichen Staaten ohne Zögern die Verschuldung Pakistans auf. Natürlich waren politische Gründe dafür ausschlaggebend. Das heißt, dass die ganze Angelegenheit eine Frage des politischen Willens ist.

c) Die Zinsrate für Direktinvestitionen ist ebenfalls ein Problem, das besonders hinsichtlich kurzfristiger Kapitalanlagen akut ist. In Ländern Lateinamerikas lag die Zinsrate in einigen Fällen zeitweilig zwischen 25 % und 49 % (Brasilien). Die Errichtung einer Welt-Zentralbank könnte zur Lösung dieses Problems beitragen. Da sie aber bisher nicht existiert, gibt es gegenwärtig wenig Möglichkeiten, schnelle Entscheidungen zu fällen. Vorschläge zu einer solchen Initiative sind überlegenswert.

d) Die Kapitalflucht ist eine andere Reaktion des internationalen Kapitals auf Probleme der Entwicklungsländer. Gelegentlich wurde damit versucht, Einfluss auf das Geldsystem und die Währungsstabilität zu nehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten die Bretton-Woods-Institutionen, insbesondere der Internationale Währungsfonds (IWF) diese Probleme lösen. Sie haben gänzlich versagt. Dabei ist es gewiss nicht unmöglich, ein alternatives System der internationalen Regulierung des Kapitalflusses aufzubauen.

e) Die Investoren, insbesondere die transnationalen Konzerne, stellen Bedingungen für Direktinvestitionen. Ihre Macht nutzend zwingen sie Regierungen, moralisch nicht zu rechtfertigenden Bedingungen zuzustimmen, dazu gehören z.B. jahrelange Steuerbefreiungen, Niedriglöhne für einheimische Arbeitskräfte, Entmachtung von Gewerkschaften, minimaler Umweltschutz, eine effiziente Infrastruktur - alles Bedingungen zugunsten der ausländischen Investoren, aber zuungunsten der Gastländer. Regionale Regulierungsmechanismen von Organisationen wie die Europäische Union, ASEAN, MERCOSUR usw. könnten auf der Basis bestimmter allgemein anerkannter Normen Regulationen bindend machen, die einzelne Länder durchzusetzen nicht in der Lage sind.

f) Die Existenz von Steuerparadiesen führt nicht nur zum Umlauf schwarzer Gelder, sie erlaubt es den Mächtigen des

Südens auch, die Steuern zu unterlaufen, was letztlich dem Norden zugute kommt. Die Abschaffung der Steuerparadiese wäre eine heilsame Maßnahme von äußerstem Vorteil für den Süden. Sie würde wenigstens teilweise bewirken, dass Geldmittel in diesem Teil der Welt in der eigenen Region produktiv reinvestiert werden müssten.

g) Die Besteuerung von Finanz-Transaktionen, Tobin-Steuer genannt, wäre ebenfalls eine Maßnahme, die die Macht des Finanzkapitals einschränken würde. Zugleich könnten die Einnahmen zur strukturellen Verbesserung der Wirtschaft in der Peripherie verwendet werden.

h) Die Entmarktung (demerchandising) bestimmter Sektoren kollektiver Bedürfnisse und Einrichtungen könnte die Ausbeutung wertvoller natürlicher und menschlicher Güter verhindern, wie Wasser, Saatgut, Bildung, Gesundheit, Kultur usw. Der gegenwärtige Trend der Privatisierung vergrößert immer mehr den Abstand zwischen denen, die sich dergleichen leisten können, und denen, die es sich nicht leisten können. Es gibt andere Mittel zur Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors als die Privatisierung, die häufig nichts anderes ist als die Verschleuderung des kollektiven Erbes vieler Völker der Welt. Es hat in diesem Zusammenhang Aktionen gegeben, z.B. in Bolivien hinsichtlich der Wasserversorgung, in Europa und Amerika hinsichtlich genetisch veränderter Organismen (GVO), überall auf der Welt hinsichtlich Terminator-Saatgut (von Monsanto), unter den Ärzten von San Salvador gegen die Privatisierung des Gesundheitssystems usw. All dies deutet auf ein zunehmendes Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Politik der Privatisierung zu beenden und sich stattdessen wieder auf die kollektive Organisation und Verwaltung dieser Sektoren zu besinnen.

i) Migration und 'brain drain' (intellektueller Aderlass) sind weitere Mittel zur Ausbeutung des Mehrwertes des Südens. Migration wird gefördert, wenn die Wirtschaft des Nordens Arbeitskräfte benötigt. In Krisenzeiten werden drastische Einwanderungsgesetze beschlossen und Repressionen ausgeübt. Menschen werden dem Gesetz des Marktes unterworfen. Ebenso wird durch den 'brain drain' von der Wirtschaft der Metropolen im Bedarfsfall aus dem Süden ausgebildetes Per-

sonal angezogen, das über Fachwissen in bestimmten Bereichen verfügt, dessen Ausbildung ökonomisch zu Lasten des Südens geht. Auf diese Weise profitiert der Norden von Kenntnissen und Fähigkeit, ohne dafür bezahlen oder einen Ausgleich an den Süden leisten zu müssen. Die Politik der Migrationsfreiheit von Menschen muss ausgebaut und wirtschaftliche Migrationszwänge müssen berücksichtigt werden. Die Beschleunigung der Entwicklung der Ökonomie in der Peripherie wäre sicherlich eine Lösung. Wenn es gelänge, alle Methoden der Ausbeutung des Mehrwertes des Südens durch den Norden in den Griff zu bekommen, gäbe es reichlich Kapital, um eine wirklich interne Entwicklung im Süden zu finanzieren.

j) Schließlich ist ein Marshall-Plan für die Peripherie denkbar und im Eigeninteresse des kapitalistischen Systems sogar notwendig. Es würde zu einer Art neuen Fordismus führen, wenngleich wir das nicht für die endgültige Lösung halten. Aber es könnte kurzfristig für einen Übergang hilfreich sein, währenddessen sich der Süden dem Zentrum unterordnet. Langfristig muss das Gesamtsystem der Entwicklung verändert werden, um die zerstörerische Wirkung dieses Konzeptes zu überwinden.

All diese Maßnahmen, die wir zur Beseitigung ökonomischer Entwicklungshindernisse des Südens im Sinne von Reparationen genannt haben, erfordern zu ihrer Umsetzung unterschiedliche Herangehensweisen: von utopischen (letztendlich angestrebten) bis zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen. Um etwas zu erreichen, wird es nötig sein, eine Strategie des Zusammengehens von Neo-Keynesianismus und Post-Kapitalismus zu entwickeln, von Unter- und Mittelschichten, von Kleinunternehmern, Bauern und Arbeitern. Die Erwartung ist nicht zu weit gegriffen, dass Vertreter des kapitalistischen Systems selbst einige solche Maßnahmen unterstützen werden, wenn sie sich bedroht fühlen. Das geschieht bereits im Falle der Tobin-Steuer. Die eigentliche Kraft zur Durchsetzung dieser Maßnahmen kann allerdings allein von den sozialen Bewegungen kommen, die sich entweder dauerhaft organisieren oder spontan aus bestimmten konkreten Anlässen heraus entstehen.

2. Nachhaltige Entwicklung

Umweltschutz ist für die Peripherien des Südens ebenfalls objektiv und absolut notwendig. Wir haben erlebt, wie schwierig es ist, zu diesbezüglichen Abkommen zu gelangen, weil die wirtschaftlich mächtigen Länder wie die USA sich dem verweigern, während sie gleichzeitig am meisten Schuld an der schädlichen Verschmutzung haben. Dennoch wären rechtliche Maßnahmen gegen die Übeltäter möglich, wenn genügend Druck ausgeübt wird, insbesondere wenn dieser von einem breiten Spektrum von Aktionsgruppen auf der ganzen Welt kommt.

Die Verteidigung von konventionellen Formen der Landwirtschaft ist entscheidend für den Süden. Heute hat der Trend zur Internationalisierung dieses Sektors eine doppelte Wirkung: Den Entzug der Ernährungsgrundlage für die einheimischen Bauern und ihre Verdrängung vom Land. Ökologische und kulturelle Wiederherstellung ist ein Ziel kollektiven Handelns. Das trifft auch für die Stärkung der biologischen Landwirtschaft zu, die der Sicherung der Qualität des Bodens dient. In Westafrika hat es Erfolge gegeben, als Bauernverbände mehrerer Länder sich zusammenfanden, um einen von der Europäischen Union initiierten Plan der Monokultur für den Export zu blockieren. In Kuba werden innovative Anstrengungen unternommen, chemische Dünger bei der Zuckerrohrproduktion zu vermeiden. Weitere Beispiele könnten aufgeführt werden, die zeigen, wo ein guter Wille ist, ist auch ein Weg.

3. Die politische Dimension

Um zu all diesen politischen Entscheidungen im Sinne von Reparationsleistungen zu kommen, müssen regionale Institutionen wie die Europäische Union, ASEAN, MERCOSUR usw. auf den Ebenen von Wirtschaft, Sozialsystem und Politik gestärkt werden. Sie könnten einer solchen politischen Linie folgen, bzw. Alternativen hervorbringen. Im Zeitalter der Globalisierung müssen solche Vorschläge aber auch international abgesichert sein. Dazu tragen eine Reihe von Initiativen bei: Die Forderung nach Demokratisierung der Vereinten Nationen, Neudefinition der Kontrolleinrichtungen auf internationaler Ebene, die Bildung eines Weltparlamentes und die Stärkung besonderer UNO-Organisationen, wie ILO, FAO usw.

All dies ist nur dann umsetzbar, wenn es eine demokratische Kontrolle der Staaten auf allen Ebenen gibt, national, regional und international. Etlichen neuen Bewegungen und Bündnissen geht es um eben diese demokratische Kontrolle. Das wurde in Porto Alegre erkennbar. Im Falle von Chiapas in Mexiko beispielsweise ist das Hauptziel der Zapatisten nicht die Machtübernahme, sondern die Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft.

4. Kulturelle und ethische Dimensionen

Dass die Vergangenheit von einer Politik bestimmt wurde, die grundlegende Rechte der Menschheit verletzte, ist natürlich eine wichtige Erkenntnis. Das kollektive Gedächtnis muss wiedererstehen, historisches Material muss aufbereitet und Denkmäler gebaut werden. Ohne ein wachsameres kollektives Gedächtnis ist es unmöglich, eine andere Zukunft zu bauen. In diesem Sinne muss die Kritik der Vergangenheit über die Ebenen von Wirtschaft und Politik hinausgehen.

Der kulturelle Aspekt ist dabei sehr wichtig. Beispielsweise muss der Typ von Modernität, den die ökonomische Logik des kapitalistischen Systems hervorgebracht hat, neu bewertet werden. Gegenüber gewissen Aspekten der postmodernen Philosophie und Gesellschaftswissenschaft ist Vorsicht geboten, insofern sie die Existenz sozialer Strukturen und Systeme leugnen und den Akzent ausschließlich auf das Individuum als Akteur der Geschichte setzen. Ein solcher Standpunkt passt am besten zum Selbsterhalt des Kapitalismus, der heute die materielle Basis für seine globale Existenz geschaffen hat. Eine solche Kritik der Moderne sollte Beiträge aus allen Kulturen der Welt in Betracht ziehen, um dem Denken und Verhalten eine neue Richtung zu geben.

Selbstverständlich ist gleichzeitig auf allen Ebenen das Bildungssystem mitbetroffen, wenn es um das kollektive Gedächtnis und Reparationsleistungen durch Alternativen geht. Es ist dies auch ein Thema für religiöse Gruppen, die sozial-ethisch engagiert sind. Sie sollten nicht nur Missbräuche und Auswüchse verdammen, sondern die destruktive Logik wahrnehmen. Anerkennung von Vergangenheit, Reue, Wiederherstellung - das sind klassische Themen einer personalen und kollektiven Ethik.

5. Die rechtliche Dimension

Die Existenz eines rechtlichen Rahmens auf internationaler Ebene ist definitiv nötig. Wir beobachten, wie die Wirtschaftsmächte, insbesondere die transnationalen Konzerne versuchen, ein neues Völkerrecht zu formulieren, das zu ihren Gunsten wirkt. Sie benutzen dazu verschiedene Organisationen, wie die OECD und die WTO, sowie TRIPS, ein Abkommen um die Eigentumsrechte an intellektuellen Gütern. Die sozialen Rechte den Unternehmensrechten überzuordnen, ist Teil des Kampfes um Reparationen.

6. Kompensation

Die Frage der Wiedergutmachungen sollte sehr konkret gestellt werden, z.B. mit Blick auf Flüchtlinge. Solche Anliegen sollten mit finanzieller Unterstützung von Volksinitiativen kurzfristig verifizierbar sein. Andernfalls wird Kompensation lediglich ein sehr theoretisches Konzept bleiben.

III. Das Bündnis sozialer Bewegungen als Strategie zum Erreichen von Reparationen

Die Herausforderung durch die Globalisierung innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft sollte mit einer Gegenstrategie der Globalisierung des Widerstands und des Kampfes beantwortet werden. Seit 1999 kam es in sehr schneller Folge zu Kampf- und Widerstandsaktionen, wie in Davos, Seattle, Bangkok, Prag, Göteborg, Quebec, Genua, Barcelona, Rom und insbesondere Porto Alegre I und II. Den neoliberalen Maßnahmen Einhalt zu gebieten und das Engagement für „eine andere Welt“, die im Bereich des Möglichen liege, war dabei das doppelte Anliegen.

Wir alle wissen, was die Globalisierung der Wirtschaft bedeutet: Konzentration der Wirtschaftsmacht in den Händen der einheimischen und der internationalen Eliten; wachsende Bedeutung des Finanzkapitals; Institutionalisierung des globalen Systems (mit Hilfe einer Instrumentalisierung des IWF, der Weltbank und der WTO); schließlich: Militarisierung der internationalen Kontrolle (Imperialismus). Auch auf die bestehenden sozialen Bewegungen hatte der Neoliberalismus großen Einfluss, besonders durch Deregulierung der Arbeit, die Ausweitung des informellen Sektors, die Individualisierung der Wirtschaft usw.

Dieser furchterregenden Phalanx steht ein geografisch und sektoral fragmentierter Widerstand gegenüber. Daher ist ein Zusammengehen verschiedener Widerstandstypen nötig. Ein Beispiel ist die Versammlung der Armen in Thailand: Menschen im Widerstand gegen einen Dammbau, Ureinwohner und Bauern, die ihr Land verkaufen müssen, Arbeiter, die ihre Gewerkschaft schützen wollen, usw. haben sich zur Verteidigung eines gemeinsamen Anliegens zusammengefunden.

1. Ursprung der sozialen Bewegungen

Man spricht allgemein von den alten und den neuen sozialen Bewegungen. Alte soziale Bewegungen sind die aus der unmittelbaren Beziehung zwischen Kapital und Arbeit entstandenen. Im allgemeinen sind das Gewerkschaften, einige Bauernbewegungen und auf politischer Ebene die linksorientierten Parteien. Unter den sogenannten neuen Bewegungen finden sich viele soziale Gruppen, die eine indirekte Beziehung zum kapitalistischen Ethos haben. Tatsächlich benutzt der globale Kapitalismus viele Methoden zur Aneignung des Mehrwertes, nicht nur eine direkte Beziehung zwischen Kapital und Arbeit. Bis zu einem gewissen Grad wurde die Arbeit sogar verhältnismäßig verringert. Mechanisierung und Robotisierung haben nicht nur zur Atomisierung, sondern auch zur Globalisierung der Arbeit geführt.

Die Zahl der von der kapitalistischen Logik betroffenen sozialen Gruppen ist sehr groß geworden. Um von Frauen zu sprechen: Wir können eine Feminisierung der Armut beobachten. Ureinwohner sind ebenfalls betroffen, nicht nur hinsichtlich ihrer Identität, was nicht neu ist, sondern auch in ihrem wirtschaftlichen Status. Die indirekten Maßnahmen, die wir zuvor für die Nord-Süd-Beziehung beschrieben haben, wirken auf viele andere gesellschaftliche Gruppen, selbst solche der Mittelschicht. In Asien sind insbesondere die betroffen, die als Stadtarme bezeichnet werden, sowie die Landlosen und Kleinbauern.

Es gibt eine gewisse Schwierigkeit die beiden Typen von Bewegungen zusammenzubringen, weil sie unterschiedliche Kampfkulturen pflegen, beziehungsweise Widerstandstraditionen haben. Ar-

beitergewerkschaften meinen oft, ihnen käme eine Monopolstellung in den sozialen Kämpfen zu. Gegenseitige Akzeptanz aller Betroffenen kann nur schrittweise aufgebaut werden.

2. Alternativen

Soziale Bewegungen repräsentieren Alternativen, die von der Utopie (einer letzten Endes erhofften Gesellschaft) bis zu realistischeren kurz- und mittelfristigen Zielen reichen. Nachhaltige Entwicklung und demokratische Kontrolle sollten die wichtigsten Orientierungspunkte für die Suche nach Alternativen sein.

3. Porto Alegre I und II

Das erste Treffen sozialer Bewegungen und progressiver Organisationen wurde im Januar 2001 in Porto Alegre organisiert. Über 20.000 Menschen nahmen daran teil. Im Jahr darauf, 2002, waren es mehr als 50.000, die etwa 4.000 Organisationen vertraten. Die Beteiligung von Gewerkschaften war mit 2.800 Teilnehmenden größer. Dies ist Ausdruck einer echten Bündnisbildung. Eine große Themenfülle wurde in über 800 Gruppen und Seminaren diskutiert, in denen Alternativen zur Sprache kamen.

Die Existenz eines jährlichen Weltsozialforums ist ein neuer Schritt in der Geschichte der sozialen Bewegungen. Die Dezentralisierung dieser Initiative in einer großen Zahl von regionalen und nationalen Foren sowie die Möglichkeit internationaler Treffen auf anderen Kontinenten sind bedeutsame Perspektiven für die Zukunft.

4. Herausforderungen für die Zukunft

Ein Bündnis ist notwendigerweise das Ergebnis der Versöhnung von Unterschieden. Es handelt sich um ein Treffen von sozialen Bewegungen, die in der Konfrontation mit dem grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit oder mit anderen Methoden der Ausbeutung des Mehrwertes ihren Ursprung haben. Es ist auch ein Bündnis von Bewegungen mit unterschiedlicher Orientierung, z.B. neokeynesianisch oder postkapitalistisch.

Soziale Bewegungen sollten die Hauptstütze sein, während NROs eine unterstützende Rolle einnehmen sollten. In Zukunft ist eine wirkliche Internationalisierung wichtig, denn bisher sind vor allem Lateinamerika und Europa beteiligt.

Auch wurde das Problem der politischen Ausdrucksform aufgeworfen. Das Weltsozialforum sollte nicht zur politischen Partei werden und nicht einen Ein-Parteien-Status annehmen. Vielmehr sollte es Gelegenheit bieten, die Hoffnungen all dieser sozialen Bewegungen mit einer kollektiven und koordinierten Stimme zum Ausdruck zu bringen. Wahrscheinlich werden sich eine Reihe von politischen Parteien in den Vordergrund drängen, um ihre politische Ziele zu verfolgen.

Natürlich müssen die Reaktionen des Herrschaftssystems berücksichtigt werden. Sie werden unterschiedlich ausfallen, angefangen von der Übernahme des gleichen Vokabulars (Partizipation, nachhaltige Entwicklung, Armut usw.), Angebote zur Zusammenarbeit, aber auch Repression mit Polizeigewalt oder durch internationale Militarisierung. Die sozialen Bewegungen werden sich mit dem Problem ihrer Kriminalisierung und Folklorisierung auseinandersetzen müssen.

Schlussfolgerungen

Wir können schlussfolgern, dass die wichtigste Strategie im Blick auf Reparationen für Sklaverei und Kolonialismus darin besteht, das heute bestehende sozioökonomische System zu transformieren und die weitere Ausbeutung der Gesellschaften des Südens zu verhindern. Das ist die einzige Lösung, die ihre durch Unrecht und Verbrechen bestimmte Lage grundlegend verändern würde. Es ist deshalb ein globaler Ansatz und eine Strategie der sektoralen Aktionen nötig. Bei der Transformation geht es nicht nur um den Bereich der Ökonomie, sondern ebenso um die Bereiche Politik, Moral und Recht.

Ein Beitrag zum Thema Bodenreform im Südlichen Afrika

Von Bazak Zakeyo Lungu

Diskussionen über das Thema Boden können im südlichen Afrika sehr emotional verlaufen. Ich versuche, rational darüber zu sprechen, obgleich ich persönlich betroffen bin.

Inhalt:

- Historische Sicht
- Eigentum an und Bedeutung von Grund und Boden
- Hauptunterschiede
- Hindernisse für eine Bodenreform

1. Historische Sicht

Ursprünglich „gab es niemanden, der nicht genug gehabt hätte, und niemanden, der mehr als genug gehabt hätte.“

Sambia:

- Der Boden gehörte den Vorfahren. Darüber wachten vor der Kolonialzeit die Stammesführer. Die Gemeinschaft entschied, wie die Bodennutzung geschah.
- Das Stammesoberhaupt verteilte mit Hilfe der Häuptlinge den Boden an die dem Stamm angehörenden Familien (natürlich gab es gewisse Unterschiede zwischen einzelnen ethnischen Gruppen), und er entschied bei Landkonflikten.
- Ende der 1880er Jahre nahm die BSA-Gesellschaft (British South Africa Company) das Land nördlich des Sambesi in Besitz. Sie maßte sich das Schürf- und Jagdrecht an, sowie das Holzeinschlagsrecht. Damit begannen die Probleme.
- Die BSA begann mit dem Kupferbergbau in Nordsambia. Dafür benötigte sie Arbeitskräfte. Die wiederum benötigten Nahrung. Die Nahrung musste in der Nähe produziert werden. Buren wurden ins Land geholt, um die Nahrung zu produzieren.
- Sambia lag an der von der BSA projektierten Eisenbahnlinie „Cape to Cairo“ (für den Transport von Bergbauausrüstungen und Kupfer). Die Gesellschaft erklärte einen Korridor entlang der Eisenbahnstrecke zum Anbaugelände für Mais und Tabak. Alle Eingeborenen, die dort wohnten, mussten das Gebiet verlassen.
- 1923 wurde die BSA-Gesellschaft durch die Kolonial-Verwaltung ersetzt, die eine neue Landpolitik verfolgte, das dreigliedrige System: Kronland, Treuhandland und Eingeborenen-

land, gemäß Klassifikation der Bodennutzbarkeit. Dies bedeutete endgültig die Zerstörung des ursprünglichen Bodenrechtssystems.

Simbabwe:

- In vorkolonialer Zeit gab es ständig Auseinandersetzungen zwischen den beiden Hauptstämmen, den Mashona und den Ndebele. Die Ndebele waren von Natur aus Krieger. (Sie waren vor den Mfecane-Kriegen des berühmten Zulu-Königs Shaka aus dem heutigen Natal in Südafrika geflohen.) Dank ihrer überlegenen Kriegsführung vollführten sie alljährlich Überfälle auf die schwächeren Stämme in den benachbarten Territorien und raubten Vieh, schöne Frauen und Nahrungsmittel.
- Als der Treck der Buren im Süden Simbabwes auftauchte (sich von der britischer Herrschaft befreiend), hießen die Mashona sie als Retter vor den ständigen Angriffen der Ndebele willkommen, und sie schlossen eilig sogenannte Landrechte-Verträge mit ihnen ab, mit denen sie dauerhaft auf ihren Boden verzichteten.
- Die Mashona waren Untertanen der Ndebele, bewohnten aber die fruchtbarsten Landstriche, und die Ndebele ließen sie ihnen, damit sie Nahrungsmittel produzierten. Das hatte zur Folge, dass nunmehr die ausländischen Einwanderer sich den Großteil des sehr produktiven Bodens zu eigen machten.
- Als die britische Herrschaft begann, wurde ein System der Landverteilung eingeführt, das zwischen kommunal und kommerziell genutztem Boden unterschied. Im Umkreis von 60 km von einer weißen Siedlung durfte es keine Eingeborenen-Siedlung geben, was zu massiven Umsiedlungen führte. Riesige Landgebiete waren den (weißen) Siedlern vorbehalten. Es wurde ein Schlüssel von 22 ha Weidefläche (fruchtbarer Boden) pro Rind benutzt (in Sambia werden 8 ha pro Rind empfohlen).
- Die ungerechte Bodenverteilung war ein Hauptfaktor bei der Mobilisierung der Befreiungskämpfer, und bei der Unabhängigkeit 1980 wurde versprochen, dass der Boden auf der Grundlage des Prinzips „willing seller - willing buyer“ (freiwilliger Ver- und Ankauf) umverteilt werden würde. Es wurde vereinbart, dass dies innerhalb von 10 Jahren geschehen solle. Aber es kam nie dazu. Die Freiheitskämpfer wurden unruhig, und, um sie zu beschwichtigen, wurde das Land nach 20 (zwanzig) Jahren den gegenwärtigen Besitzern gewaltsam weggenommen.

Namibia:

Man kann sagen, dass das Schema das gleiche war, nur dass die Deutschen noch skrupelloser mit den Forderungen der Einheimischen umgingen - das Herero-Massaker spricht für sich. In Namibia wurden wegen der größeren Trockenheit noch ausgedehntere Bodenflächen besetzt. In Grootberg in der Kunene-Region (Nordwest-Namibia) besuchte ich 2002 beispielsweise einen weißen Farmer, der 250.000 ha (1qkm = 100 ha) besaß. Aus Altersgründen trat er das Gebiet an die Regierung ab zur Schaffung eines Wildparks. Dies ist weder die einzige Farm dieser Größenordnung, noch die größte.

Auch wenn Afrika über mehr Land als Europa verfügt, kann es eine derartige Gewinnsucht verkraften? Man fragt sich, wohin die Menschen, die auf diesen Ländereien einst lebten, vertrieben wurden, und was die Besatzer eigentlich davon hatten? Ist es verkehrt, wenn die ursprünglichen Besitzer den Boden jetzt zurückfordern? Oder ist es zu spät? Zu spät wofür?

2. Eigentum an und Bedeutung von Grund und Boden

Eigentum an Grund und Boden

In allen drei Ländern sind Grund und Boden Eigentum des Staates. (Deshalb kann er Nutzer vertreiben, die sich dem, was die Regierung für nötig hält, nicht fügen.) Für die Verteilung gibt es in Sambia zwei Möglichkeiten, die traditionelle und die Verpachtung (meist für 99 Jahre). Traditionsland ist ein Ersatzbegriff für Eingeborenenland, während Staatsland der Boden ist, der in der Kolonialzeit Kron- oder Treuhandland war. Traditionsland wird durch die traditionellen Führer verteilt, mit Zustimmung der Regierung, aber ohne Besitztitel, während das Pachtland durch eine Regierungsbehörde vergeben wird, die Besitzurkunden ausstellt.

In Sambia haben Einheimische meist nur zu minderwertigen Böden Zugang, weil es eine wirkliche Veränderung in der Bodenverteilung nach der Unabhängigkeit trotz massiver Auswanderung von Siedlern nicht gegeben hat. Große Gebiete fruchtbaren Bodens liegen brach, während sich die Einheimischen aufwertlosen Böden durchschlagen. (Die Regierung wartet auf einen Messias, der Entwicklung bringen soll.) Das Problem ist besonders ausgeprägt in den zentralen, östlichen und südlichen Landesteilen (wo die Böden fruchtbarer sind). Der Umfang an Bodenbesitz variiert von 0,5 ha bis 250 ha. Die Bauern, die Staatsland nutzen, besitzen größere Parzellen als die im traditionellen System. Der Erwerb von Staatsland ist ein so kompliziertes Verfahren, dass selbst Leute wie ich mit Universitätsbildung es nicht verstehen können (umso weniger Bewerber vom Lande), weil es immer noch koloniale Züge trägt. Ich hatte 1996 Gelegenheit, in Simbabwe an einer Untersuchung zum Bodennutzungsplan im Bezirk Zaka, Provinz Masvingo, teilzunehmen. Wir fanden heraus, dass pro Haushalt von im Schnitt 6 Personen durchschnittlich eine Fläche von weniger als einem halben Hektar zur Verfügung stand, und zwar für Wohnung, Viehhaltung, und Feldwirtschaft.

Unser internationales Team war gebeten worden, Empfehlungen zu geben, wie die Bauern ihre Produktivität erhöhen könnten. Die Gruppe legte viele phantastische Empfehlungen vor, wie den Gebrauch von Dünger, Waldanbau, umweltgerechte Landwirtschaft, Verringerung des Verlustes von Bodenkrume und Wasser usw. Gleichzeitig unterstrichen wir, dass derartige Empfehlungen nur dann wirksam werden könnten, wenn den Bauern mehr Land zur Verfügung gestellt werden würde. Die Empfehlungen wurden dem Gouverneur der Provinz Masvingo vorgestellt. Sie gefielen ihm keineswegs. Unglücklicher- oder glücklicherweise hatte ich die Ergebnisse dem Gouverneur zu präsentieren. Er fragte nach meiner Herkunft und fügte hinzu, wenn ich aus Simbabwe gewesen wäre, wäre ich dafür bestraft worden, dass ich sensitive Themen öffentlich diskutierte.

Die Bedeutung von Grund und Boden

Im südlichen Afrika, wie in jeder Kultur, spielt der Boden eine sehr wichtige Rolle und der Zugang dazu wird als ein angeborenes Recht angesehen. Über 80 % der Bevölkerung sind für ihren Lebensunterhalt direkt vom Boden abhängig. (Das bedeutet auch, dass Fragen des Landbesitzes sehr heikel sein können und zu unheilbaren Zerwürfnissen führen können.) Meiner Meinung nach versäumen es die Regierungen der Region, diese Tatsache in ihrem Kampf gegen die Armut zu nutzen. Sie erwarten stets Wunder von der Industrie, die nur einer verschwindenden Minderheit Arbeit bietet.

Was gegenwärtig in Simbabwe geschieht, verdeutlicht das ganze Ausmaß des Landkonfliktes im Südlichen Afrika, dessen Dimensionen meist verschleiert werden. Es zeigt sich, dass einige wenige Leute, die das Land besitzen, auch hinter dem Wirtschaftsboom steckten, von dem die Mehrheit ausgeschlossen blieb. Wenn es eine gleichberechtigte Verteilung der Ressource Boden und gleichberechtigte Teilhabe an der Schaffung von Reichrum gäbe, wäre die Wirtschaft nicht zusammengebrochen, nachdem weniger als 4.000 Personen das Land verließen (offensichtlich alle

in der Landwirtschaft tätig). Ich möchte nicht missverstanden werden: Persönlich halte ich die Art und Weise, in der die Landfrage gehandhabt wird, für nicht akzeptabel. Aber die Vorgänge sind der Beweis für die schlichte Tatsache, dass es ein Problem der Landverteilung gibt, das dringend einer Lösung bedarf. Die „internationale Öffentlichkeit“ tut gegenwärtig so, als sähe sie das nicht, und unterstützt diejenigen, die das Problem verursacht haben.

In Sambia wandern massenweise Menschen ein, die durch die Landunruhen aus Simbabwe vertrieben wurden. Die sambische Regierung hat sie, ob naiv oder absichtsvoll, in großer Zahl ins Land geholt, als ob Sambia selbst keinerlei Landprobleme hätte. Es fragt sich, was Sambia sich von derartigen Menschen verspricht, die einzig und allein selbstsüchtige Interessen verfolgen. Ist etwa ein durch die Landwirtschaft gespeister Wirtschaftsaufschwung in Sicht? Kaum, denn die Mehrheit der einheimischen sambischen Bevölkerung hat keinen Anteil an der Wohlstandsentwicklung. Eine Entwicklungstheorie, die von Wirtschaftsaufschwung in einem Land träumt, in dem die Interessen der eigenen Bürger vernachlässigt werden, ist schlicht verrückt. Offensichtlich kommt die Mehrzahl dieser Vertriebenen, um auf sambischen Boden ihre Gewinne zu machen und diese dann in die Länder ihrer Vorfahren auszuführen.

(Schließlich haben viele von ihnen bereits Zweifel, ob sich nicht das, was ihnen in Simbabwe widerfahren ist, in Sambia nach einem Regimewechsel wiederholen könnte. Gebranntes Kind, sagt man, scheut das Feuer.)

Ähnlich Konflikte wie in Simbabwe brauen sich bereits in Namibia zusammen und ebenfalls in der „Regenbogen-Nation“. Meiner Ansicht nach sollten Grund und Boden in fairer Weise unter allen Bürgern eines Landes neu verteilt werden, unabhängig von Bekenntnis, Hautfarbe, Sozialstatus, Rasse oder Religion.

3. Wichtige Unterschiede in den drei Ländern

Der Hauptunterschied zwischen den drei Ländern besteht darin, dass in Sambia die Regierung schon über den Grund und Boden verfügt, während sich das Land in Simbabwe und Namibia in den Händen einer Minorität befindet. In Sambia wäre es deshalb leichter, eine weitsichtige Bodenreformpolitik durchzusetzen, als in Simbabwe oder Namibia.

Jeder Schritt, den status quo der Bodenverteilung in Namibia und Simbabwe zu verändern, von der „Regenbogen-Nation“ ganz zu schweigen, wird mit großer Aufmerksamkeit beobachtet von der so genannten „internationalen Öffentlichkeit“, wer immer zu dieser gehören mag. Es sieht so aus, als ob diese „internationale Öffentlichkeit“ Themenfilter für das benutzt, was sie sieht und was sie nicht sieht. Das Sprichwort „Blut ist dicker als Wasser“ scheint hier eine wichtige Rolle zu spielen.

4. Hindernisse für Bodenreformen

Strukturelle Zwänge im Blick auf den Zugang der wahren Eigentümer zu Grund und Boden, wie sie durch die Rassentrennungspolitik der Kolonialregierungen geschaffen und von den gegenwärtigen Regierungen belassen wurden, sind nach wie vor in Kraft. Ob das mit voller Absicht geschieht oder nicht, muss sich noch herausstellen. Sambia ist ein Beispiel dafür, wie der Grund und Boden der einstigen Siedler nach der Unabhängigkeit durch die Eliten (meist der Regierung angehörig) übernommen wurde. Aus einer einfachen entwicklungstheoretischen Sicht handeln diejenigen, die vorgeben, für das Wohlergehen der Mehrheit zu kämpfen, normalerweise so wie diejenigen, die sie zuvor bekämpft haben. Sie übernehmen die Strukturen und Regeln ihrer Gegner und sorgen so dafür, dass sich das Leiden der Mehrheit in ähnlicher Weise fortsetzt.

Die Gier einiger weniger: Sie halten in Simbabwe und Namibia große Teile des Landes besetzt, während die Mehrheit zu wenig oder nichts hat. Diese Ungerechtigkeit im Zugang zu Grund und Boden und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen werden nicht gesehen oder nicht beachtet. Es sind dies Themen, die, würden sie aufmerksam gehört, aufrichtig gesehen und mit Vernunft verstanden werden, leicht lösbar wären.

Das Fehlen eines echten Dialoges zwischen den Betroffenen: In Namibia beispielsweise findet die Diskussion unter den Argusaugen der Medien statt, die, um ihre Ware besser zu verkaufen, jeden Vorfall unverhältnismäßig aufblasen. Das heizt Emotionen an und bringt Menschen dazu, gefühlsmäßig statt vernünftig zu reagieren.

Die Angst der Regierungen, den IWF und die Weltbank zu betrüben (die zwei Geschwister, für die wirtschaftlicher Aufschwung Kreditrückzahlung bedeutet, statt Wohlergehen der Menschen): In aller Regel ist die Loyalität der Dritte-Welt-Länder gegenüber diesen Institutionen stärker als die Fürsorge und das Engagement für das eigene Volk.

5. Schlussbemerkung

Bodenreformen, die die Mehrheit der Bevölkerung unberücksichtigt lassen, werden mit Sicherheit erfolglos bleiben. Die Anliegen aller von Bodenkonflikten Betroffenen sollten angemessen und mit Vernunft berücksichtigt werden. Nur dann werden am Ende alle Gewinner sein (ohne dass einige Löwenanteile erhalten, wie Leute es gewöhnt sind, die ich kenne).

Es ist eine Schande: Die Menschheit erhebt den Anspruch, im 21. Jahrhundert auf einer hohen Stufe der Zivilisation angelangt zu sein. Schaut man genauer hin, wird man gewahr, dass unsere so genannte Zivilisation entsetzlich oberflächlich ist: Mit Wohlbehagen nehmen Menschen Nachrichten hin über den Nahrungsmangel anderswo, ein Mangel, der auf Ungerechtigkeiten beruht, für die sie selbst verantwortlich sind. Mahatma Gandhi sagte, „Zivilisation heißt, Unterschiede anerkennen“. In diesem Sinne sollten wir das afrikanische Verständnis anerkennen und respektieren, dass Grund und Boden im umfassenden Sinne die Quelle für den Erhalt des Lebens (für über 80 % der Menschen) ist, und nicht Mittel zur Produktion pflanzlicher oder tierischer Waren. Deshalb, unabhängig davon, ob jemand für den Markt produziert oder nicht, soll er oder sie Zugang haben zu dem Land seiner oder ihrer Vorfahren.

Sieben Punkte pro und kontra „Reparationen für koloniales Unrecht“

Von Giselher Hickel

Die Geschichte der Kolonisation ist nicht vorüber. Die einstigen Kolonisatoren behaupten bis heute ihre politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung. Viele der einstigen Kolonien konnten bis heute dem Teufelskreis der Armut und Abhängigkeit nicht entkommen. Versöhnung ist nicht ohne grundlegende Veränderung der Beziehungen möglich. In diesem Zusammenhang kommt der Forderung nach Reparationsleistungen eine besondere Rolle zu. Dazu ein paar Überlegungen, die in aller Kürze aneinandergereiht sind:

1. Es geht bei der Forderung nach Reparationszahlungen der einstigen Kolonialmächte nicht nur um Ersatz für Schuld und Schaden in der Vergangenheit. Beherrschung fremder Völker und Ausbeutung in Dimensionen von Völkermord gehören nicht nur der Vergangenheit an. Die Grundstruktur erzwungener Abhängigkeit ist geblieben, nur die Methoden haben gewechselt, mit Hilfe derer sie aufrecht erhalten wird: nach Sklaverei, Kolonialismus und Neokolonialismus nunmehr die Globalisierung. Die Forderung der einstmals kolonisierten Völker

nach Reparationsleistungen ihrer Unterdrücker ist ein Mittel auf dem langen Weg hin zur Veränderung dieser weltwirtschaftlichen Strukturen. Dies ist das übergeordnete Ziel.

2. Der Forderung nach Reparationen findet bei den Betroffenen in Afrika und Asien keineswegs einhellige Zustimmung. Vor allem eine selbstbewusste junge Generation von Intellektuellen empfindet das Thema als zu sehr rückwärtsgewandt. Sie wehren sich dagegen, dass erneut materielle Leistungen der Reichen, und sei es in Form von Kompensationen, der Schlüssel für das Wohlergehen der Armen sein sollen. Sie suchen stattdessen eine Orientierung an zukünftigen Aufgaben. Sie setzen auf die Mobilisierung der eigenen Kräfte der ehemals Unterdrückten und die Stärkung ihres Selbstvertrauens. Die Befürworter begnügen sich deshalb nicht mit der Idee von Kompensation. Diese bedeutete, im „Miteinander-abwägen“ von zwei Rechtspositionen einen Schaden auszugleichen, der nicht böswillig herbeigeführt wurde (z.B. Unfall, Insolvenz, Enteignung). Lediglich ein Ausgleich würde angestrebt, ohne das Verhältnis der Parteien zu verändern. Reparationen dagegen werden für schuldhaft von staatlichen Institutionen (z.B. Militär) verursachte schwere Schäden geleistet. Sie schließen das Eingeständnis von Schuld ein. In diesem Falle würde das die radikale Veränderung der Verhältnisse bedeuten, indem die Sieger entthront und die Würde der Besiegten wiederhergestellt werden würde. Reparationen sind eine Form der Sühne, und sie sind damit ein entscheidender Schritt in Richtung auf Versöhnung. (Der Begriff 'Reparationen' ist erst nach dem Ersten Weltkrieg in den politischen Wortschatz eingegangen, hat also seinen Ursprung in den Reparationsauflagen des Versailler Vertrages.)
3. Strittig ist die juristische Durchsetzbarkeit von Reparationen für Sklaverei und koloniale Ausbeutung. Während der Kolonialepoche, z.B. in der Zeit, als die Berliner Konferenz 1884 stattfand, gab es kein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Landraub oder Völkermord. Die Anwendung heute gültiger Rechtsnormen auf damalige Verbrechen ist formal nicht möglich. Zwar werden die teilweise extrem grausamen Vergehen der Kolonialtruppen nicht erst in neuerer Zeit als verurteilenswert empfunden, doch das kodifizierte Völkerrecht hat sich immer an den Interessen der Mächtigen orientiert. Sein Gebrauch setzt zudem einen entsprechenden politischen Willen voraus. Auch heute wird das internationale Recht in raschem Tempo ausgebaut, speziell auf wirtschaftlichem Gebiet und zwar so, dass international tätige Unternehmen deutlich bevorzugt werden. Ihnen werden z.B. Kompensationsansprüche zuerkannt, wenn nationales Recht ihre Gewinne schmälert.
4. Reparationsleistungen erscheinen vielen illusorisch, weil der Schaden, der durch Sklaverei, Kolonialisierung und deren Folgen entstanden ist, kaum in Geld auszudrücken ist. Allein die ökonomischen Schäden würden sich zu Summen anhäufen, die, eine angemessene Verzinsung eingerechnet, kaum je bezahlbar wären. (Der Panafrikanist Chinweizu kalkulierte für Afrika allein 2.000 Milliarden Dollar. Die fälligen Zinsen von 200 Mrd. Dollar entsprechen ungefähr der Summe, die afrikanische Länder den Banken und Staaten des Nordens schulden.) So gigantisch die Beträge erscheinen - viele der Länder, die bis heute unter Nachwirkungen der Kolonialisierung leiden, sind mit gleichfalls praktisch unbezahlbaren Schulden belastet.
5. Da die Forderung nach Reparationen politisch nicht durchsetzbar erscheint, wird sie mitunter als unseriös angesehen. Sie wirke sogar kontraproduktiv, weil sie das politische Klima belastet und realistische Entwicklungschancen verbaue. Tatsächlich verändert der Begriff schon dadurch, dass er Teil des politischen Diskurses wird, die Wirklichkeit. Er bringt eine bislang permanent geleugnete Wahrheit zur Sprache. Sicher ist die Hoffnung auf tatsächlich nennenswerte Reparationsleistungen kurz- und mittelfristig wenig realistisch. Aber um politische Strukturen zu ändern, müssen Sprache und damit Denkstrukturen so verändert wer-

den, dass die Wahrheit eine Chance hat. Immerhin spielte das Thema auf der „UN-Weltkonferenz gegen Rassismus“, Durban 2001, eine hervorgehobene Rolle, und im Abschlussdokument heißt es: „Die Täter und Nutznießer des transatlantischen Sklavenhandels, von Sklaverei, Kolonialismus, Fremdherrschaft erkennen an, dass eine solche Politik und Praxis Verbrechen gegen die Menschheit sind.“ (Nr 238)

6. Schwer vorstellbar ist nicht nur die Bereitschaft der Täter zur Leistung von Reparationen, sondern auch die Legitimation der potentiellen Empfänger, etwaige Leistungen tatsächlich im Sinne der Opfer zu verwenden, ist durchaus problematisch. Die konkreten Bedingungen bedürften sicher ausführlicher Verhandlungen, wobei es nicht nur um Geldleistungen gehen muss. Ebenso wichtig wäre die Aufhebung der breiten Palette von Benachteiligungen in den internationalen Beziehungen, denen die einstigen Kolonien bis heute durch die einstigen Kolonialmächte ausgesetzt sind. Dazu gehören auch Dinge wie die systematische Verweigerung des Rechtes auf Freizügigkeit und Migration für Bürger afrikanischer und asiatischer Staaten.
7. Schließlich ist es ein legitimes Anliegen, „unter den Menschen im Westen und den lokalen Eliten der armen Länder das Bewusstsein für die Pflichten zu schärfen, die sie gegenüber den seit langem ausgebeuteten Armen weltweit haben.“ (Tissa Balasuriya, 2002) Die Forderung nach Reparationen soll auch dazu dienen, das historische Gedächtnis der westlichen Öffentlichkeit aufzufrischen, ihr moralisches Gewissen zu schärfen und ein gesundes Unrechtsbewusstsein zu schaffen. Die Befreiung der Weißen aus dem zivilisatorisch tief verwurzelten, in Kultur und Kirche verankerten Überlegenheitswahn ist Teil der notwendigen Veränderung.

Rassismus und Kolonialismus

Von Sonja Mezger

Auszüge aus dem Referat im HKH am 25. Februar 2005

Die Spuren der deutschen Kolonialgeschichte sind nicht nur im Stadtbild von Berlin oder Bremen, Hamburg oder Hannover zu sehen. Eine andere Art kolonialer Spuren sind die verschiedenen Formen des Rassismus in unserer heutigen Gesellschaft - und ich werde hier nur über die deutsche Gesellschaft sprechen. Zwar wird landläufig von einer „kurzen deutschen Kolonialgeschichte“ gesprochen und in Vergleichen mit anderen europäischen Kolonialmächten eine Relativierung gesucht, doch die gesellschaftlichen Folgen des kolonialen Denkens sind heute noch zu spüren.

Eckpunkte deutscher Kolonialgeschichte

Schon vor dem 17. Jahrhundert beteiligten sich deutsche Fürsten, Händler und Seefahrer am informellen Kolonialismus. Der offizielle Eintritt des Deutschen Kaiserreichs in die Kolonialpolitik erfolgte allerdings erst 1884, als Gebiete des heutigen Namibia besetzt und zu „Deutsch-Südwestafrika“ erklärt wurden. Im selben Jahr folgte die Flaggenhissung in Togo und Kamerun, im Jahr darauf im heutigen Tansania, das den Namen „Deutsch-Ostafrika“ erhielt und später auch Gebiete im heutigen Ruanda und Burundi umfasste. Kolonien, die nicht auf dem afrikanischen Kontinent lagen, waren Kiautschou in China, die Samoa-Inseln (damals „Deutsch-Samoa“) und eine Reihe von Inseln in der Südsee (Salomonen, Karolinen, Marianen, Palau, Marshall-Inseln) inklusive eines großen Teils Neuguineas (damals „Deutsch-Neuguinea“). Sie alle wurden in den Jahren von 1897 bis 1899 in Besitz genommen.

Wie schon erwähnt, fand von November 1884 bis Februar 1885 die Berliner Afrika-Konferenz auf Einladung Bismarcks statt. Auf der internationalen Bühne trat das Deutsche Reich mit dieser Konferenz in das Konzert der europäischen Großmächte ein. Angesichts der zahlreichen kolonialen Besitzungen anderer Staaten, wie beispielsweise England, Frankreich oder Portugal, entwickelte sich in der Kolonialbewegung des Deutschen Reiches das Gefühl, zu spät gekommen zu sein, und die Angst, im Geschäft der Kolonisation nicht gleichwertig und nicht ausreichend erfolgreich zu sein. Der daraus resultierende Minderwertigkeitskomplex kann eine Erklärung sein, dass Aggressivität und Brutalität seitens der Kolonialistinnen die Realität der deutschen Kolonisierung bestimmte.

Entgegen vieler Darstellungen verlief die Kolonisierung zu keiner Zeit friedlich. Zahlreiche militärische Feldzüge und Kolonialkriege wurden geführt. Während der deutschen Kolonialherrschaft gab es laut kolonialen Statistiken insgesamt 203 militärische Auseinandersetzungen unterschiedlicher Intensität. Die beiden größten Kolonialkriege, die das Deutsche Reich führte, waren der Herero/Nama-Krieg im kolonialen Namibia von 1904 bis 1907 und der Maji-Maji-Krieg im kolonialen Tansania von 1905 bis 1907. Sämtliche Kriege, die das Deutsche Kaiserreich zwischen Reichsgründung 1871 und Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 geführt hatte, waren Kolonialkriege.

Die Jahre 1904 bis 1907 waren in der deutschen Kolonialpolitik besonders wichtig, da gleichzeitig massive Probleme in mehreren Kolonien und in den deutschen kolonialen Organisationsstrukturen auftraten. In diesen Zeitraum fielen der Herero/Nama-Krieg, der Maji-Maji-Krieg und größere Unruhen im Süden der Kolonie Kamerun, die ebenfalls den Einsatz von militärischen Mitteln seitens der Kolonialmacht zur Folge hatten. Die Verwaltung der Kolonie Kamerun hatte zusätzlich mit dem Skandal um den damaligen deutschen Gouverneur Puttkamer zu tun, während in anderen Kolonien weitere Skandale um Kolonialbeamte bekannt wurden. Außerdem wurde einzelnen Beamten der kolonialen Verwaltung im Deutschen Reich (der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes) Korruption vorgeworfen. Und schließlich entbrannte auch der Streit unter den politischen Parteien des Reichstags um die Errichtung eines eigenständigen Reichskolonialamtes. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Versagens der deutschen Kolonialpolitik, wie diese Ereignisse häufig interpretiert wurden, verweigerten im Dezember 1906 das Zentrum und die Sozialdemokratie - die beiden größten Parteien im Reichstag - ihre Zustimmung zum Kolonialhaushalt für das koloniale Namibia. Der damalige Kanzler Bernhard von Bülow nutzte diese Gelegenheit dazu, den Reichstag aufzulösen und damit durch Neuwahlen eine andere politische Gewichtung im Reichstag zu erreichen. Die im Januar 1907 abgehaltenen Wahlen standen ganz im Zeichen der Kolonialpolitik und des Krieges im kolonialen Namibia. Zeitgenössisch wurden sie „Hottentottenwahlen“ genannt. Das Wahlergebnis fiel für die Kolonialgegnerinnen in Zentrum und Sozialdemokratie denkbar schlecht aus, der Reichstag wurde fortan vom Bülow-Block dominiert.

Bis zu diesen Wahlen bestand die staatliche deutsche Kolonialpolitik vor allem in Eroberung und Machtkonsolidierung: Afrikanische Gesellschaften wurden militärisch unterworfen oder vernichtet, während in so genannten „friedlichen“ Gebieten die Kolonialverwaltung durch Verwaltungsverordnungen und Steuergesetze die Afrikanerinnen zur Lohnarbeit zwang und in der Rechtsprechung beispielsweise Prügel oder Zwangsarbeit als Bestrafung eingesetzt wurden. Nach den Wahlen 1907 änderte sich dies. Mit der Ernennung des Bankiers Bernhard von Dernburg zum Kolonialdirektor begann die staatlich organisierte Inwertsetzung der Kolonien, denn von da an wurde die Arbeitskraft von Afrikanerinnen als Kapital definiert, entsprechend genutzt und auf ihre Erhaltung geachtet. Von einer Wende der Kolonialpolitik hin zu einer „humanen“ kann dennoch nicht die Rede sein.

Während des Ersten Weltkriegs waren die deutschen Kolonien militärisch nicht zu halten: 1914 wurde Togo von französischen und britischen Truppen besetzt, 1915 eroberten südafrikanische Truppen das koloniale Namibia, 1916 besetzten ebenfalls französische und britische Truppen Ka-

merun. Nur General Lettow-Vorbeck, der im kolonialen Tansania eingesetzt war, führte bis 1917/18 einen Guerillakrieg gegen die britischen Kolonialtruppen. Lettow-Vorbecks Truppen bestanden vornehmlich aus afrikanischen Soldaten, lediglich die Offiziersriege war von deutschen Soldaten besetzt. Obwohl er keine Aussicht hatte, mit den zur Verfügung stehenden Truppen die Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ zu verteidigen, und obwohl die britischen Truppen bereits alle strategischen Punkte besetzt hatten, setzte Lettow-Vorbeck seine militärischen Angriffe fort. Dazu gab er an, er wolle so viele britische Truppen wie möglich dem europäischen Kriegsschauplatz fernhalten. Schon damals war abzusehen, dass die so gebundenen britischen Truppen zahlenmäßig für den Ausgang des Ersten Weltkriegs in Europa völlig unerheblich waren. Der wohl eher aus Prestige-Gründen geführte Guerillakrieg im kolonialen Tansania kostete etwa 1 Million Menschen das Leben - größtenteils Afrikanerinnen. Dennoch erhielt Lettow-Vorbeck einen triumphalen Einzug nach Berlin und ritt als „unbesiegter Feldherr“ durchs Brandenburger Tor, gefolgt von als „besonders tapfer und treu“ ausgewählten afrikanischen Soldaten.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden dem Deutschen Reich im Vertrag von Versailles die Kolonien aberkannt. Als Grund dafür wurde die „Unfähigkeit zur Kolonisierung“ und die besondere Grausamkeit der deutschen Kolonialbeamten bzw. Soldaten genannt. Als wichtigstes Beweismittel galt das von britischen Truppen in Namibia zusammengestellte Blaubuch (1918), in dem beeidete Aussagen von Herero und Nama über den Genozid festgehalten wurden. Die kolonialen Gebiete des Deutschen Reichs wurden folgendermaßen aufgeteilt: Togo wurde unter Großbritannien und Frankreich aufgeteilt, ebenso wie Kamerun. Die Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ wurde ebenfalls geteilt: Tansania-Festland wurde unter britisches Mandat gestellt, Ruanda und Burundi wurden Belgien zugeteilt. Die Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ wurde der Südafrikanischen Union zur Verwaltung unterstellt. (Togo, Kamerun und Tansania/Ruanda/ Burundi wurden Anfang der 1960er unabhängig, Namibia 1990.)

Die Aberkennung der Kolonien bedeutete nicht etwa, dass sich das Deutsche Reich nicht mehr als Kolonialmacht fühlte. Im Gegenteil: Die deutsche Kolonialbewegung agitierte weiter und forderte vehement die „Rückgabe“ der Kolonien. Das Reichskolonialamt wurde zwar verschmälert und in das Ministerium für Wiederaufbau eingegliedert, arbeitete aber weiter und entwickelte Pläne für die zukünftige Wieder-Inbesitznahme der Kolonien. Während des Nationalsozialismus wurde erneut ein eigenständiges Reichskolonialamt eingerichtet, in dem u.a. die so genannten Mittelfrika-Pläne entwickelt wurden. Erst im Zweiten Weltkrieg nach der Niederlage in Stalingrad wurde von Hitler der Befehl zur Auflösung des Reichskolonialamts gegeben und das Ministerium 1943 geschlossen.

Rassismus und eurozentrisches Zivilisationsmodell

Der spezifische Entwicklungs- und Fortschrittsbegriff, der die Rationalität der Aufklärung bestimmte, verknüpfte die räumliche Distanz zu anderen Formen gesellschaftlicher Lebens- und Organisationsweise mit einer zeitlichen Distanz, d.h. das räumliche Nebeneinander wurde mit einer zeitlichen Entwicklung verbunden, an deren Ende das europäische Zivilisationsmodell als Ideal stand. So wurden die „Anderen“, die außerhalb Europas lebten, zu Vorstufen der eurozentrischen Entwicklung erklärt und ihr Verschwinden in Aussicht gestellt. Ihr Verschwinden deshalb, weil sie sich auf dem Weg der Entwicklung hin zum eurozentrischen Ideal befanden - am Ende dieses Weges gäbe es die „Anderen“ nicht mehr. Damit wurde der zielorientierte Bezug hergestellt, der für die Legitimation der Kolonisierung notwendig war, denn Kolonisierung konnte so als Zivilisationsmission gedeutet werden. Und die Menschen, die sich nicht „zivilisieren“ lassen würden, konnten getrost vernichtet werden, sei dies doch früher oder später Ziel der Entwicklung. In einer Zeitung im kolonialen Tansania wurde das während des Maji-Maji-Kriegs gegenüber der afrikanischen Bevölkerung so formuliert: „..Bedingungslos zu Kreuze kriechen oder Krieg bis zur Vernichtung!“ (Deutsch-

Ostafrikanische Zeitung, 2.12.1905). Aus der Wortwahl konnte - eher ungewollt, aber umso passender -gelesen werden, welche Art der „Zivilisation“ gemeint war, nämlich eine christliche. Das Entwicklungs- und Fortschrittsdenken des Evolutionismus kann als Absolutismus neuer Art gesehen werden. Der normative Entwicklungsbegriff definierte als Norm ein Menschenbild, das einzig und allein am Menschen der rationalen Aufklärung orientiert war. Damit wurde zugleich ein pseudowissenschaftliches Fundament für Rassismus verfügbar. Als Legitimationsgrundlage und Ideologie einer rassistischen Hierarchie diente in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Abstammungslehre von Darwin und die vergleichende Methode der Kulturanthropologie: anderen „Menschenrassen“ wurden Unterlegenheit, Rückständigkeit und Minderwertigkeit zugeschrieben - mit dem Argument, sie befänden sich vermeintlich auf einer früheren Stufe der biologischen und soziokulturellen Entwicklung. So konnte die Herrschaft von Weiß über Schwarz (wie die von Reich über Arm) gerechtfertigt werden. Eric Hobsbawm formulierte in seiner Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts: „Der Sozialdarwinismus und die biologischen bzw. anthropologischen Rassentheorien bilden einen Teil der Politik des 19. Jahrhunderts.“ So wurde Politik zur Wissenschaft erhoben und damit schon zu Ende des 19. Jahrhunderts die Denkrichtung vorprogrammiert, die das Verständnis für „rassische“ Selektion und Genozid im 20. Jahrhundert formte.

Doch der koloniale Blickwinkel diente nicht nur der Unterwerfung außereuropäischer Gesellschaften, sondern auch der Herausbildung von Vorherrschaft und der Stabilisierung von Herrschaft in den europäischen Zentren. Der koloniale Blick und der daraus resultierende Rassismus waren beispielsweise förderlich als Ablenkung von der Klassenideologie und von sozialen Problemen; Kleinbürgertum und ausgebeutete Arbeiterschaft konnten sich gemäß dieser Logik elitär fühlen. Gerade der koloniale Rassismus machte das deutlich, denn im Deutschen Reich fungierte das Kolonialprojekt als Außenziel, das einerseits von den gesellschaftlichen Umwälzungen und den daraus resultierenden sozialen Missständen ablenken und andererseits eine nationale deutsche Identität festigen sollte.

Aus der hier skizzierten Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks lässt sich eine Argumentationskette ableiten, die deutlich macht, wie rassistische Stereotypen konstruiert und seither in unserer Gesellschaft und im kapitalistischen Wirtschafts- und Wertesystem weiter gefestigt wurden: Menschen, deren Geschichte Europäerinnen unbekannt war und die außerhalb der gemäßigten Klimazonen lebten, wurden als wild, barbarisch, unzivilisiert markiert - als „Natur“ im Gegensatz zur europäischen „Kultur“. Daraus wurde geschlossen, diese Menschen (und ihre Formen gesellschaftlicher Lebens- und Organisationsweise) befänden sich auf einer niedrigeren „Kulturstufe“ des Entwicklungswegs von „Natur“ zur „Kultur“ hin zum Ideal des eurozentrischen Zivilisationsmodells. Diese Entwicklung wurde analog zur Entwicklung des individuellen Menschen gesetzt und folglich wurden erwachsene Menschen einer so beschriebenen Gesellschaft mit Kindern gleichgesetzt. Die logische Konsequenz daraus war die Zivilisationsmission: Die „Kinder“ sollten erzogen werden. Das Menschenbild des eurozentrischen Zivilisationsmodells, das ihnen vermittelt werden sollte, war an Nützlichkeit und Ökonomie orientiert und enthielt den Begriff Arbeit, der als differenzierte Warenproduktion zum individuellen Profit definiert war (und bis heute ist). Eine Lebensführung nach anderen Werten wurde demnach mit den Adjektiven faul und träge markiert und sollte dem Prozess „Erziehung zur Arbeit“ unterworfen werden.

Wie aber passt die „Zivilisationsmission“ zusammen mit der Brutalität, die das europäische Kolonialprojekt prägte? Die Anwendung von physischer Gewalt war für die Kolonialmächte notwendig, um die wirtschaftliche Ausbeutung der außereuropäischen Ressourcen und der Kolonisierten durchzusetzen. In Kriegszeiten fand sich immer eine Erklärung dafür - sei es die oben erwähnte, dass die Menschen entweder sich „zivilisieren“ lassen sollten oder bedingungslos vernichtet würden. Oder sei es das Argument, dass auf gewaltsame Angriffe gewaltsam reagiert werden müsse. Wie aber konnten die Kolonialistinnen jenseits erklärter Kriege Gewalt anwenden und dies rechtfertigen?

tigen? Dabei denke ich z.B. an Prügelstrafen und Selbstjustiz seitens der Kolonialdamen und -herren. In der Logik der „Zivilisationsmission“ müsste Gewalt eigentlich dem Selbstverständnis der Kolonialistinnen als „zivilisierte Sendboten“ widersprechen.

Auch hierfür gab es eine konstruierte, vermeintlich logische Begründung im Kolonialdiskurs, die physische Gewalt legitimierte: Die sogenannten „unzivilisierten Wilden“ verstünden die Nicht-Anwendung physischer Gewalt als Schwäche, da physische Gewalt in ihrer „kulturell niedrigstehenden“ Lebensweise als Machtmittel bzw. Mittel zur Erziehung gelte. Deshalb könne eine „Erziehung zur Zivilisation“ nur dann erfolgreich sein, wenn die bekannten „unzivilisierten“ Mittel angewandt würden.

Anticolonial Africa Conference Berlin vom 11. - 15. November 2004

Aufruf

Im Jahr 2004 jährt sich zum 100. Mal der Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Herero und Nama im heutigen Namibia. Zum 120. Mal jährt sich die Afrika-Konferenz, zu der Reichskanzler Bismarck am 15. November 1884 nach Berlin eingeladen hatte. Wie einen Kuchen haben die europäischen Staaten den afrikanischen Kontinent untereinander aufgeteilt und ihre Kolonialinteressen auf dieser Konferenz abgesteckt. Zwei Anlässe, an die wir mit der Anticolonial Africa Conference Berlin 2004 erinnern wollen.

Die Propaganda der kulturellen Überlegenheit rechtfertigte schon damals die blutige Eroberung des Kontinents. Die Kriege in Afrika haben allein in den letzten Jahren Millionen Menschen das Leben gekostet. Im Sommer 2003 wurde der erste gemeinsame europäische Krieg in der Demokratischen Republik Kongo geführt. Unter dem Vorwand Frieden zu bringen, werden die kolonialen Strukturen in Wirtschaft und Politik, Kultur und Alltagsleben neu gefestigt. Bis heute ist Europa an der Ausplünderung Afrikas massiv beteiligt und verschließt die Grenzen vor den Menschen, um „seinen“ Wohlstand zu sichern.

Die kolonialen Strukturen wirken auch in die weißen Gesellschaften zurück. Sie reproduzieren und konstruieren 'neu-es' koloniales Bewusstsein, Rassismus, Herrenmenschentum, Kriegslogiken, Frauenunterdrückung, technischen Machbarkeitswahn. Wir wollen diese Gewaltverhältnisse bekämpfen. Wir, das sind Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern, Deutschland und anderen europäischen Ländern. Uns verbindet das Ziel, diese Konzepte als patriarchale, als koloniale Herrschaft anzugreifen und zu verändern. Wir wollen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, Dominanz- und Ausgrenzungsmechanismen aufspüren, delegitimieren und abschaffen und mit vielen die Aktivitäten vorantreiben, in unterschiedlichen Formen, mit Respekt und Solidarität. Der antikonkoloniale Widerstand ist politisch für uns ein zentraler Orientierungspunkt. An den damaligen Widerstand wollen wir erinnern und den aktuellen unterstützen. Wir fordern:

1. Beendigung aller Kriege

Sofortiger Stop aller Formen des warbusiness, keinerlei Militärhilfe und Waffengeschäfte. Keine Interventions-(Kriegs-)truppen aus Europa oder anderen Ländern nach Afrika. Keine soziale und materielle Unterstützung der Kriege, kein Flüchtlingsmanagement durch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs).

Die Teilnehmerstaaten der Berliner Konferenz von 1884 exportieren heute noch für über drei Milliarden Dollar jährlich militärische Ausrüstung in die Länder Afrikas. Auch wenn afrikanische Regie-

rungen bzw. Rebellengruppen die Kriege führen, ändert dies nichts daran, dass die europäischen Länder unmittelbar beteiligt sind und von ihnen profitieren. Die Kriege in Angola, Kongo/Zaire, Sierra Leone, am Horn von Afrika, um nur einige zu nennen, zwingen Millionen Menschen zur Flucht, Millionen werden verletzt, von Minen verstümmelt und getötet. Es geht um Bodenschätze wie Diamanten, Coltan, Gold und Öl, auf die es europäische Firmen abgesehen haben und die, kontrolliert von bewaffneten Banden, unter Sklavenbedingungen aus der Erde geholt werden. Gewalt, die Zerstörung sozialer Verhältnisse und Hunger zwingen die Menschen, billigst Dienstleistungen anzubieten, sich als Tagelöhner für den Weltmarkt ausbeuten zu lassen oder sich auf den oft tödlichen Weg in den reichen Norden zu machen.

2. Koloniale Mentalitäten aufbrechen

Mit Selbstgefälligkeit und Sendungsbewusstsein versuchen die Kolonisatoren ihre Zivilisation der Welt überall aufzwingen und sagen nicht, dass damit Gewalt, Krieg und Ausbeutung gemeint sind. Rassistische Stereotypen wie die grundsätzliche Überlegenheit der westlichen Zivilisation bestimmen auch heute den Diskurs über Flüchtlinge und Einwanderer in Europa. Kapitalistische Werte sollen die Werte der Welt sein und „Nützlichkeit“ das Kriterium des Lebens. Die Unterscheidung in „unwerte“ und „wertvolle“ Menschen, in Befehlende und Ausführende, in Faule und Fleißige, ist eine tief in der patriarchalen Gesellschaft angelegte Hierarchisierung, und Entmenschlichung. Mit dem Völkermord an den Herero und Nama, der Einrichtung von Konzentrationslagern und Zwangsarbeit wurde die koloniale Gewalt in Namibia gefestigt. Diese Erfahrung bestimmte auch die spätere „Rassen“politik der Nazis. Die Ermordung von Millionen Menschen in den KZs während des zweiten Weltkrieges, die Vernichtung durch Arbeit und die brutale Kolonisierung der osteuropäischen Länder hat ihre Wurzeln auch in der deutschen Kolonialgeschichte Afrikas.

3. Entschädigung - Legalisierung - Aufenthalt

Übernahme der politischen Verantwortung durch die Unterzeichnerstaaten der Berliner Konferenz für alle Folgen ihrer Kolonialpolitik in Afrika. Öffentliche Anerkennung ihrer Entschädigungspflicht. Legalisierung des Aufenthalts von Menschen aus Afrika als erster Schritt und freier Zugang nach Europa.

Die Verbrechen der Kolonisatoren, insbesondere die Sklaverei, haben Jahrhunderte vor der Berliner Konferenz von 1884 begonnen. Millionen Menschen aus Afrika sind zur Sklavenarbeit in andere Länder deportiert worden, sie sind gequält, vergewaltigt und ermordet worden. Sklaverei und Kolonisation sind Verbrechen gegen die Menschheit und müssen entschädigt werden. Die Werte, die durch Sklavenarbeit, Zwangsarbeit und Ausbeutung der Bodenschätze in die europäischen Länder transferiert worden sind, lassen sich auch nicht annähernd beziffern. Der Reichtum Europas „gehört“ zu großen Teilen den afrikanischen Menschen. Es muss schon deshalb eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie sich in Europa frei und unbehelligt bewegen können.

4. Rassistische Gesetze abschaffen

Alle diskriminierenden Gesetze müssen abgeschafft werden. Als erstes sind die Abschiebungen zu stoppen und die Abschiebeknäste aufzulösen. Einreiseverbote, Arbeitsverbote und Residenzpflicht sind aufzuheben und die Ausreisezentren zu schließen.

Vor hundert Jahren führten die deutschen Kolonialisten im heutigen Namibia eine Passmarke für Schwarze ein, die auf Verlangen jedem Weißen gezeigt werden musste. Nur mit weißer Erlaubnis durfte die schwarze Bevölkerung eine andere Region besuchen. Diese Regelung erinnert an das

Residenzpflichtgesetz heute, das Flüchtlingen verbietet, ohne behördliche Genehmigung den Landkreis bzw. das Bundesland zu verlassen. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge entmündigt sie und macht sie von Almosen abhängig. Viele tausend Menschen sitzen oft monatelang in Gefängnissen, um sie aus Westeuropa abzuschicken.

5. Schuldenerlass sofort

Wer soviel Geld als Entschädigung zu bekommen hat, hat keine Schulden!

6. Keine erb- und rassenbiologische Forschung

Alle Schädel und andere Körperteile, die für rassistische Untersuchungen in die Metropole verschleppt wurden, müssen in ihren afrikanischen Herkunftsländern würdig beerdigt werden. Allein in Deutschland lagern einige tausend Schädel, die lebenden und toten Menschen aus Afrika abgeschlagen wurden. Sie wurden vermessen, begutachtet und ausgestellt und sind heute noch unter Störung der Totenruhe Gegenstand rassenbiologischer Forschung. Mit ihnen wurde eine Rassenpolitik begründet, die im Nationalsozialismus zur Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti und zur Zwangssterilisation von Afrodeutschen führte.

7. Kunst und Kultur

Unzählige Kunst- und Kulturschätze sind aus Afrika geraubt worden und bilden Höhepunkte mancher Museen und Privatsammlungen. Es muss eine Verständigung mit den Herkunftsländern erzielt werden, unter welchen Bedingungen die Gegenstände zurückgegeben werden bzw. in Europa bleiben können.

Zu unseren Aktivitäten

Die Konferenz vom 11. bis 15. November 2004 in Berlin wird nicht der Endpunkt unserer Aktivitäten, aber ein Kulminationspunkt sein. In unserer täglichen Arbeit unterstützen wir Flüchtlinge in ihrem Kampf gegen Abschiebungen und Residenzpflicht, gegen Chipkarten und Gutscheine. Wir haben Veranstaltungen gegen den Krieg im Kongo und zum Genozid an Herero und Nama organisiert. Ab Frühjahr wird eine antikoloniale Citytour regelmäßig zu markanten Orten der ehemaligen Kolonialmetropole Berlin führen. Die Zeit bis November 2004 werden wir für vielfältige Aktionen nutzen, um unsere Forderungen und Ideen zu verbreiten und ihnen Nachdruck zu verleihen. Es sollten bundesweit viele Gruppen entstehen, die antikoloniale Aktionen organisieren, Ideen austauschen und Strategien überlegen, wie auch die Konferenz im November gestaltet werden kann. Die Einheit in der Vielfalt, in unserem Logo symbolisiert, soll sich dabei verwirklichen. Das Büro in Berlin kann Gruppen unterstützen, wenn dies gewünscht wird, die Finanzierung von Aktivitäten sollte jedoch dezentral erfolgen. Mitmachen können Einzelpersonen - Organisationen und Gruppen sind aufgerufen, materiell und inhaltlich die Arbeit zu unterstützen.

Die „Berliner Konferenz“ 1884/85

Erklärung des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg anlässlich eines ökumenischen Gottesdienstes zum Buß- und Betttag in Berlin am 17. November 2004

Vor nunmehr 120 Jahren, am 15. November 1884, wurde hier in Berlin die so genannte „Kongokonferenz“ eröffnet. Eingedenk der damals gefassten Beschlüsse, die für mehr als ein Jahrhundert das Schicksal der afrikanischen Völker und Nationen und unsere Beziehung zu ihnen geprägt und bestimmt haben, blicken wir zurück, beziehen Stellung und schauen in eine neue partnerschaftliche Zukunft.

Wir blicken zurück

1. Die Internationale Afrikakonferenz tagte vom 15.11.1884 bis zum 26.2.1885 in Berlin. Unter dem Vorsitz des damaligen Reichskanzlers Bismarck berieten Vertreter von 14 Teilnehmerstaaten über die koloniale Aufteilung Afrikas: Belgien, Dänemark, Deutsches Reich, Großbritannien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden, Spanien, Osmanisches Reich und USA.

2. Aktueller Anlass der Konferenz war der Streit um den Kongo, das Herz Afrikas. Im Verlauf der Verhandlungen wurde die „Kongoakte“ unterzeichnet, die die Neutralisierung des Kongobeckens verfügte, die Unabhängigkeit des Kongostaates unter der Souveränität des belgischen Königs Leopold II. anerkannte und Kongo (Brazzaville) als französischen Besitz bestätigte. Weiterhin wurden Handels- und Schifffahrtswegfreiheit vereinbart, der Sklavenhandel verboten und allgemeine Richtlinien für den „Erwerb“ von Kolonien aufgestellt.

3. Während noch im Jahre 1876 etwa 10% Afrikas in europäischer Hand waren, hatten die an der Berliner Konferenz teilnehmenden Kolonialmächte im Jahre 1902 bereits 90% des Territoriums Afrikas unter sich aufgeteilt. [Deutschland „erhielt“ an der Guineaküste Togo und Kamerun, im Süden Südwest-Afrika (heute Namibia) und an der Ostküste Tanganjika und Sansibar (heute Tansania, Ruanda und Burundi). Deutschland tauschte später die Insel Sansibar gegen die englische Insel Helgoland ein. Außerdem erhielt es Territorien in Asien (Kiautschou) und in Ozeanien (Deutsch-Neuguinea, Samoa). Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges verlor das Deutsche Reich jedoch alle Ansprüche auf Kolonialgebiete.]

4. Mit der Einreihung des erst 1871 gegründeten Deutschen Reiches in die Kolonialmächte nahm Deutschland auch teil an der unseligen und blutigen Kolonialgeschichte. In allen seinen Kolonialgebieten wurden nationale Aufstände militärisch, blutig und mit grausamer Unnachgiebigkeit niedergeschlagen. Vor genau einhundert Jahren, am 12. Januar 1904, begann z.B. der Befreiungskrieg der Herero, Nama und Damara gegen die deutsche Kolonialmacht, an dessen Ende 1908 drei Viertel (ca. 70.000 Menschen) des Volkes der Herero, aber auch der Nama, der Damara und Tswana vernichtet waren. Deutsche Missionsgesellschaften wie die Rheinische Missionsgesellschaft, eine Vorgängerorganisation der Vereinten Evangelischen Mission, gerieten durch den Krieg in eine Konfliktsituation. Einerseits versuchten sie, die ihnen anvertrauten Menschen vor möglichen Gefahren zu schützen. Andererseits duldeten sie Angriffe der deutschen Kolonialmacht.

5. Die auf der Berliner Konferenz verfügte, geplante und ermöglichte Aufteilung Afrikas führte in ihrer Konsequenz nicht nur zu einer politischen Zersplitterung Afrikas, sondern auch zu einer Zerstörung natürlicher ethnischer, sozialer und nationaler Zusammenhänge und damit zu Spannungen, deren Auswirkungen noch heute blutigste Auseinandersetzungen hervorrufen.

Wir stellen uns

6. Die Berliner Konferenz der Jahre 1884/85 darf als ein internationaler Beutezug der führenden Industrienationen der Welt gelten. Der aus den Ergebnissen resultierende wirtschaftliche Aufschwung dieser Nationen bescherte den afrikanischen Staaten hingegen bleibende Verluste, da die Profite verständlicherweise nicht in Afrika, sondern in den Industrienationen investiert wurden. Durch die Industrialisierung hungrig nach neuen Absatzmärkten, billigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, boten sich den Europäern in den afrikanischen Kolonien ideale Marktchancen. Durch einen Dreieckshandel (europäische Manufakturwaren wurden in Amerika verkauft, Zucker und Rum nach Afrika gebracht und afrikanische Produkte nach Europa) waren auch die USA einbezogen.

7. Die räuberische Haltung der Kolonialpolitik hatte eine gewisse Parallele in der damals herrschenden Missionsmentalität, die es den missionierenden Kirchen und Missionsgesellschaften meist unmöglich machte, sich von der herrschenden Herrscher- und Beute-Ideologie zu distanzieren. Sie waren in der Regel Teile des kolonisierenden Systems, das keine Zweifel an der geistigen, moralischen und geistlichen Überlegenheit der Weißen aufkommen ließ. (Dabei wird oft übersehen, dass die Missionierung Sierra Leones durch Baptisten z.B. bereits auf das Jahr 1792 zurückging und in Kamerun auf das Jahr 1846 und beide Male durch Missionare aus Jamaika!)

8. Wer heute zur Berliner Konferenz Stellung nimmt, kommt nicht umhin, die Wirtschaftsgebaren der heutigen Industrienationen und der von ihnen dominierten internationalen Institutionen wie Welthandelsorganisation und Internationaler Währungsfonds, zu bedenken. Nach wie vor behandeln sie die afrikanischen Länder häufig als Lieferanten billiger Rohstoffe. Durch oftmals erpresserische Handels- und Zollabkommen erzwingen sie die Öffnung afrikanischer Märkte für die eigenen Produkte, sperren sich aber gegen den Import von Waren der afrikanischen Fertigungsindustrie. Gleichzeitig wird bis heute über den Verschuldungsmechanismus Kapital in beträchtlicher Größenordnung aus den ohnehin verarmten Ländern abgezogen.

9. Als europäische Christen, die dem Vorbild Jesu Christi nachfolgen, müssen wir bekennen, von der Ungleichheit der Länder und Märkte zu profitieren. Wir müssen bekennen, dass wir Teil des Systems sind, das diese Ungerechtigkeit in der Vergangenheit und Gegenwart zu lange ohne Widerstand hingenommen hat und deren Profite eingesteckt hat ohne Gewissensqualen für sich selbst und den eigenen Wohlstand. Wir bekennen, dass wir in vielfacher Hinsicht unseren afrikanischen Nachbarn gegenüber schuldig geworden sind und dass wir ihnen mehr schulden als das Versprechen künftiger partnerschaftlicher Zusammenarbeit.

Wir blicken nach vorn

10. Wir unterstützen die Forderung nach einer „Neuen Berliner Konferenz“, wie sie vor allem der nigerianische Präsident Obasanjo seit seinem Amtsantritt 1999 mehrfach erhoben hat. Bei seinem Staatsbesuch in Berlin im Jahre 2000 beschrieb er eine solche „Neue Berliner Konferenz“ als „a series of dialogue which will restore the parity between Africa and the world's great trading nations. It is time to ensure that the wealth of Africa can be used not only to build the living Standards of all Africans up to European levels, but also to ensure that Africa and Africans become an integral part of the global trading system, helping to build the well-being of the entire world.“

Als Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg fordern wir unsere Regierung auf, sich einem solchen Dialog zu stellen und zur Entwicklung einer vertieften Partnerschaft beizutragen, wie sie z.B. im Rahmen der „Initiative für eine neue Partnerschaft mit Africa (NEPAD-Initiative) von afrikanischen Staaten und den G8-Ländern angestrebt wird. Durch gerechtes Handeln heute kann die Schuld von früher gesühnt werden.

11. Wir bitten zugleich unsere afrikanischen Partnerkirchen um Vergebung, wo wir - sofern wir involviert waren - in kolonialem Geiste den Geist Christi zum Gespött gemacht haben. Wir bitten um Vergebung für den Mangel an Geschwisterlichkeit und Partnerschaftlichkeit, die sich im Miteinander der europäischen und der afrikanischen Kirchen immer wieder kundtun. Wir bitten auch um Vergebung für die Geschehnisse der Vergangenheit, die uns aus heutiger Sicht als dem Geist Christi zuwider erscheinen.

12. Wir blicken jedoch auch nach vorn und geloben, unsere Kräfte dafür einzusetzen, dass auf allen Ebenen des kirchlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Miteinanders Friede und Gerechtigkeit herrschen mögen, gemäß dem Wort unseres Herrn: „Selig sind die Friedensstifter“. Wir geloben, aus der Berliner Konferenz 1884 lernen zu wollen für eine künftige Welt, in der Gerechtigkeit herrscht.